

80

Nov./Dez. '99
14. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- Osttimor-Konflikt
- DVU-Kreisverband
Recklinghausen
- Woche gegen
Rassismus,
Fremdenfeindlichkeit
und rechte Gewalt
- Neues Nazi-Zentrum
in Berlin
- Paul Wulf – Gedächtnis
- Staatsterror in der
Türkei
- News aus dem
Ruhrgebiet

Titelthema:

Krieg in Tschetschenien

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787



Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
DVU-Kreisverband Recklinghausen	9
Erkämpft das Menschenrecht	12
Gedenkfeier zur ``Reichspogromnacht``	14
Gedenkveranstaltung für Paul Wulf	38
230 REPs in Lüdenscheid	43
Analyse	
Grosny ist überall	4
``National befreite Zonen``	15
Der türkische Staat ist nicht reformierbar	27
Osttimor und der Westen	30
Dokument	
Rettet das Leben von Mumia Abu Jamal	35
Für eine zivilisierte und demokratische Türkei	44
Leserbrief	39
News aus dem Revier	42
Material	
Plattform des AFB	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluß Nr. 81: 28.12.1999

EDITORIAL

Auch wenn uns **Selahattin Yildirim** aus Dortmund in seinem Leserbrief kritisiert, die AntifaZ behandle zu oft "internationale Themen", ist die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift wieder recht "international" ausgefallen.

Zugegeben, oft haben die "internationalen" Themen bei uns ein Übergewicht, aber die Behandlung "internationaler" Konflikte ist in vielen Fällen eng mit der Entwicklung im "nationalen" Rahmen verknüpft.

Das **Titelthema** der vorliegenden Ausgabe ist der 2. mörderische "**Tschetschenien-Krieg**", den die neuen Zaren im Kreml auf Kosten der Kaukasus-Völker führen. Dass dieser Krieg nicht gegen "islamische Terroristen" geführt wird, versucht der Artikel von **Stephan W. Born** herauszuarbeiten.

Schon in der letzten Ausgabe sollte ein Artikel über **Ost-Timor** stehen. Da wir Informationen über Indonesien und Osttimor für wichtig halten, vor allem auf dem Hintergrund, dass auch die Bundesrepublik das indonesische Militärregime jahrzehntelang durch Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit in vielfältiger Form unterstützte, drucken wir einen Artikel von **Noam Chomsky** aus *Le Monde diplomatique* nach, der die Entwicklung seit 1975 analysiert.

Und auch das Thema Türkei/Kurdistan lässt uns nicht los. Wir veröffentlichen einen Appell "**Für eine zivilisierte und demokratische Türkei**", der von türkischen und kurdischen Schriftstellern initiiert wurde und inzwischen von hunderten Schriftstellern und Künstlern weltweit unterschrieben wurde.

Doch wir haben auch einige "bundesrepublikanische" Themen. So informieren wir über den (vorerst) gescheiterten Versuch der **DVU**, einen **Kreisverband Recklinghausen** zu gründen.

Auch über die schon traditionelle "**Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt**", die unsere Organisation in Recklinghausen und Herne organisierte, wird berichtet. Im Verlauf dieser Woche gab es aus unserer Sicht zwei Höhepunkte: Zum einen organisierten wir eine örtliche Gedenkveranstaltung im **Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum** für unseren verstorbenen Freund Paul Wulf (dessen Leben das Titelthema unserer letzten Ausgabe darstellte), **Klaus Dillmann** war auf der **Gedenkveranstaltung für Paul**, die in der **Münsteraner ESG** stattfand, an der etwa 100 Menschen teilnahmen. Eine wichtige Veranstaltung fand zum Abschluss der Woche zum Thema "**National befreite Zonen**" statt, auf der über die aktuelle Entwicklung dieser Nazi-"Konzeption" berichtet wurde. Dass an dieser Veranstaltung auch etwa 20 NPD-Hanseln teilnehmen *wollten*, sei nur am Rande bemerkt.

Erwähnt werden sollte auch, dass die Herner AFB-Gruppe im Rahmen der Woche ein mit 200 Gästen gut besuchtes **Antifa-Konzert** auf die Beine stellte, das nun schon zum zweiten Mal im Jugendzentrum "**Heisterkamp**" über die Bühne ging.

Wegen der Aktivitäten im Rahmen der "Woche" erscheint im übrigen diese Ausgabe mit einiger Verspätung - es ging nicht schneller.

Klaus konnte aus Zeitgründen für diese Ausgabe nicht alles fertigstellen, was er sich vorgenommen hatte, zum Beispiel noch keinen Beitrag über die vorläufige Absetzung der Ausstellung "**Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944**", was aber in der kommenden Ausgabe nachgeholt wird.

Er schreibt jedoch zum Stand des Kampfes um die Rettung **Mumia Abu Jamals**.

Nach langer Diskussion im AFB haben wir es geschafft, die Kurzform einer "**Plattform des AFB**" zu verabschieden, in der wir die **Ziele und Grundlagen unserer Arbeit** darlegen.

Was sonst noch berichtet wird, steht im Inhaltsverzeichnis.

Bleibt uns nur noch, all unsern Leserinnen und Lesern einen gelungenen Start ins neue Jahrtausend zu wünschen.

Für die Redaktion

WT

RUSSLANDS "NEUE" NATO-STRATEGIE

GROSNY IST ÜBERALL

Seit Anfang Dezember - fast zeitgleich mit dem Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges - sind russische Truppen unter Verletzung des Abkommens, das Tschernomyrdin und Maschadow am 23. November 1996 geschlossen hatten, auf das Gebiet der Tschetschenischen Republik Itschkeria vorgedrungen. Inzwischen ist dieser Krieg ein totaler Krieg geworden, der überwiegend die Zivilbevölkerung trifft. Tausende von Menschen sind auf der Flucht, Dörfer und Städte werden bombardiert, die Zahl der Toten ist weitgehend unbekannt, weil Russland versucht, diesen Völkermord vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verbergen.

Offiziell begründet wird dieser zweite Krieg gegen Tschetschenien mit der Jagd auf "islamische Terroristen" - in Wirklichkeit ist er Ausdruck des Kampfes um die wirtschaftliche Ausbeutung der Ölressourcen im Kaukasus, Ausdruck des Kampfes zwischen der NATO unter Führung der USA und Russlands um die Kontrolle über die Rohstoffe nicht nur im Kaukasus, sondern in ganz Mittel- und Zentralasien. Der Krieg in Tschetschenien bringt die Welt nach dem NATO-Krieg in Jugoslawien einen Schritt näher an den Rand eines dritten Weltkrieges.

Welche Interessen hat

Russland im Kaukasus ?

Die Antwort scheint relativ einfach, berücksichtigt man die Tatsache, dass eine russische Pipeline von Baku aus über Dagestan durch Tschetschenien zum Schwarzen Meer nach Noworossijsk führt. Ein Verlust der Kontrolle über Tschetschenien würde für Russland gleichbedeutend sein mit dem Verlust seiner Ölroute. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Erdölförderung in der Region selber, sie spielt heute kaum noch eine Rolle.

Bis 1940 kam noch fast 45 Prozent des sowjetischen Öls aus Tschetschenien, in den letzten Jahren lag die Förderung nur noch bei etwa 2 Mio. Tonnen im Jahr - weniger als 1 Prozent des

russischen Bedarfs.

Dass der Kaukasus nach wie vor Schauplatz geostrategischer Auseinandersetzungen ist, hat andere Gründe: Es geht um die Pipelines, die Russland Erdöl und Erdgas vom Kaspischen Meer liefern sollen.

Russland hat stets darauf bestanden, dass der größte Teil des Öls durch sein Gebiet transportiert werden müsse, das heißt, durch die Pipeline von Baku nach Noworossijsk, die im November 1997 wieder in Betrieb genommen wurde.

Allerdings ist am 17. April 1999 eine neue Pipeline eröffnet worden, die Baku mit dem georgischen Schwarzmeerhafen Supsa verbindet - und diese Trasse ist Teil des NATO-Sicherheitsystems. Den Staaten

der GUAM-Gruppe (Georgien, Ukraine, Aserbeidschan, Moldawien) und ihren westlichen Geldgebern ist es damit gelungen, das russische Monopol erstmals zu brechen. Aus ihrem Wusch, dass alles Öl aus dem Kaspischen Meer an Russland vorbeifließen solle, haben die Führungen in Aserbeidschan und Turkmenistan nie ein Hehl gemacht - ebensowenig wie die USA.

Eine Erklärung für den russischen Krieg in Tschetschenien ist die Tatsache, dass Anfang des Jahres zahlreiche Versuche unternommen wurden, die für Russland strategisch wichtige Pipeline durch Tschetschenien zu unterbrechen. Durch die Sprengstoffanschläge auf diese Pipeline war Russland gezwungen, das Öl

in Tankwagen zu transportieren, auf einer Route, die Tschetschenien nördlich umgeht. Falls es dem dagestanischen Rebellenführer Schamil Bassajew gelingt, Dagestan zu einem islamischen Staat zu machen, wäre dieser Transportweg ebenfalls abgeschnitten. Und nicht nur das. Auch ein weiteres wichtiges russisches Projekt wäre bedroht, der Bau einer Pipeline von Tenguz (Kasachstan) nach Noworussijsk durch die kalmykische Steppe im Norden Dagestans, mit dem im Mai 1999 begonnen wurde.

Schon jetzt wird erkennbar, dass sich im Kaukasus ein kompliziertes Interessengewirr aus geostrategischen Konflikten mit den USA als NATO-Führungsmacht auf der einen und russischen Hegemonieansprüchen auf der anderen Seite sowie regionalen "Clan"-Interessen herausgebildet hat. Dass es daneben noch einen inner-russischen Interessenskonflikt gibt, der noch ein wenig verworrenere erscheint, soll am Ende dieses Artikels kurz angedeutet werden. Zuerst einige Überlegungen zum Vorwurf des "islamischen Terrorismus".

Islamische "Terroristen" im Kaukasus ?

Tatsache ist, dass es im Gebiet von Stawropol und in Dagestan, gelegentlich auch in Georgien, Raubüberfälle auf einsamen Straßen und in abgelegenen Dörfern gab, bei denen Autos, Hausrat und landwirtschaftliche Güter erbeutet wurden. Es kam auch zu Entführungen von Personen, deren Status und Einkommen zuvor ausgekundschaftet worden war. Diese kriminellen Aktionen entwickelten sich mit der Zeit zu

einem eigenen "Wirtschaftszweig".

Tatsache ist auch, dass es zu politischen Aktionen kam. So entschlossen sich einige Dörfer in Dagestan, unter Vorwegnahme eines künftigen islamischen Staates, die Scharia zum einzig gültigen Gesetz zu erklären.

Es dürfte auch zutreffen, wie Istwestija berichtet, dass tschetschenische und dagestanische "Warlords" und Guerillaführer durch die erwähnten

Bassajew.

In einem Istwestija-Artikel heißt es: "In Dagestan treffen sich die Schmuggler und Wilddiebe, Inguschetien ist das regionale Zentrum für Gold- und Drogenschmuggel, Nordossetien hat die meisten illegalen Wodka Brennereien und ist Hauptumschlagplatz für die Produkte der Alkoholkönige." ("Die hilflose Politik Moskaus im Nordkaukasus wird zu einem großen Krieg führen", Istwestija vom 26. Juni 1998).



In Grosny, der Hauptstadt Tschetscheniens

Foto: ap

kriminellen Aktivitäten ihre politischen und militärischen Unternehmungen finanzieren.

Allerdings sind diese Tätigkeiten seit langem üblich und bekannt und werden gedeckt von politischen und wirtschaftlichen Interessensgruppen in Inguschetien, Dagestan und Ossetien - aber auch in Moskau. Die Moskauer Geschäftswelt, bis in Kreise der Hochfinanz, baut bis heute auf Beziehungen, die noch aus der Amtszeit des früheren tschetschenischen Staatschefs Dschochar Dudajew stammen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die zwielfichtigen Kontakte eines Boris Beresowski zu Schamil

All diese Vorkommnisse gibt es seit Jahren, und dass es sie gibt, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Jelzin-Clique nicht in der Lage ist, ein politisches und ökonomisches Konzept der friedlichen Kooperation mit den Kaukasus-Republiken zu entwickeln.

Der Nordwesten und das Zentrum des Kaukasus waren stets reiche Regionen. Hier liegen die wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugelände, es gibt berühmte Thermalbäder und touristische Attraktionen. In den mittleren und höheren Bergregionen und den Steppen an den Grenzen zu Tschetschenien regiert dagegen

die Armut, Arbeitslosigkeit und Landflucht sind an der Tagesordnung. Die Regierung in Moskau ignoriert die Lage in Dagestan und sabotiert alle Versuche des *Wiederbaus* in Tschetschenien, dies trug mit dazu bei, dass sich die inneren Widersprüche in dieser Region verschärften.

Dann kam es zu den Sprengstoffanschlägen auf die Pipeline durch Tschetschenien sowie zu der Serie furchtbarer Sprengstoffanschläge in Moskau und Buinak, die die Moskauer Führung sofort und ohne die Spur eines Beweises den "islamischen Terroristen" in die Schuhe schob.

Es nutzte wenig, dass der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow sofort jede Verantwortung für diese Attentate zurückwies - Moskau hatte seinen "Anlass" für den zweiten mörderischen Krieg gegen Tschetschenien gefunden.

Nicht wenige vermuten, dass die wirklichen Drahtzieher in Russland sitzen, dafür spricht aus meiner Sicht folgendes:

Zum einen ist es doch recht fragwürdig, wie tschetschenische "Terroristen" derart große Sprengstoffmengen entweder aus dem Kaukasus bis Moskau unbemerkt transportiert oder über Jahre in Moskau unbemerkt gehortet haben können.

Zum anderen ist eindeutig, dass dieser Krieg der Jelzin/Putin-Clique innenpolitisch bestens ins Kalkül passt, da ihre Basis in der Bevölkerung gegen Null tendierte. Mit einer rassistischen und nationalistischen Kampagne ungeheuren Ausmaßes haben sie es verstanden, die Wut der Russen über die Opfer der Attentate gegen inzwischen keineswegs

nur "islamische Terroristen", sondern alle Kaukasus-Völker zu richten. Es gibt nur wenige Stimmen wie die des früheren Menschenrechtlers Sergej Kowalew, die gegen diese Kampagne Stellung bezogen haben.

Auch die traditionell nationalistische russische Kommunistische Partei macht sich zum Vorkämpfer und Sprachrohr dieser Kampagne. In einem Gespräch mit der Zeitung "Sowjetskaja Rossija" äußert sich Genadi Sjuganow, Vorsitzender der KPRF, wie folgt:

"Zur Verwirklichung der Verfassung ist es notwendig, die ganze Stärke der bewaffneten Organe, der russischen Armee zu nutzen, die von den Blockaden der kenntnislosen Erlasse befreit werden muss, die von den Kremllkorridoren kommen. Wie niemals zuvor muss die russische Armee im Zentrum der gesamt-nationalen Fürsorge stehen. Der russische Soldat, General, Offizier, Kommandant eines Bezirks muss zur zentralen Figur in der heutigen Politik werden. Wir erweisen den russischen bewaffneten Organen, die heute in Dagestan einen schrecklichen Kampf führen, einen Kampf, für den sie nicht durch die Präsidialmacht vorbereitet wurden, in dem sie in jedem Augenblick einen Stoß in den Rücken erwarten können, wie das nicht selten im Tschetschenienkrieg geschah, unsere volle moralische und politische Unterstützung." Für Sjuganow findet der aktuelle Krieg gar nicht in Tschetschenien, sondern in Dagestan statt. Und zwar deshalb, weil seiner Behauptung nach die Lage sich folgendermaßen darstellt: *"Wir wurden mit*

der Invasion einer gut mobilisierten und kampffähigen Armee in das Gebiet Dagestans konfrontiert. Das sind keine Freischärler, sondern reguläre Einheiten, die ihre Basis in Tschetschenien haben." (abgedruckt in der "Prawda Rosil" vom 22.-28.9.1999)

Und in einem Interview mit der taz äußert er sich zu dem "westlichen Geschrei über die Menschenrechte" folgendermaßen: *"Als Jelzin und seine Mannschaft diesen Konflikt angeheizt und den Krieg begonnen haben, haben ihn alle unterstützt. Aber jetzt, wo die Militärs versuchen, die Banden zu lokalisieren, erhebt sich plötzlich Geschrei über die Einhaltung der Menschenrechte. Dieser doppelte Standart des Westens hat unser Volk bereits ins Unglück geführt. Ich bin dafür, dass die Menschenrechte streng eingehalten werden, dass nicht einer Frau, einem Kind oder einem alten Menschen etwas zuleide getan wird. Aber die Spezialeinheiten dürfen nicht davon abgehalten werden, die Banditen zu bekämpfen."*

(in: taz vom 19.11.1999).

Die 250 000 Flüchtlinge in Inguschetien, die über 4000 Toten, die täglichen Bombenangriffe der russischen Armee gegen Dörfer und Städte in Tschetschenien - für Herrn Sjuganow und seinesgleichen sind dies vermutlich mal wieder NATO-Propagandalügen, in Wirklichkeit gibt es nur russische Spezialeinheiten, die gegen "Banditen und Terroristen" kämpfen.

In Wirklichkeit gibt es "im Westen" so gut wie kein "Geschrei über die Menschen-

rechte", vielmehr hofiert "der Westen" die russische Regierung und gibt neben einigen diplomatischen Äußerungen der Kritik klare Signale, dass man sich keineswegs in die "innerrussischen Angelegenheiten einmische" und Russland selbstverständlich das Recht habe, "gegen Banditen und Terroristen" vorzugehen, nur sei der "Krieg gegen Zivilisten" doch dazu ein "untaugliches Mittel". In Wirklichkeit mischt sich die NATO seit langem im Kaukasus ein, und gerade deshalb hat sie gute Gründe, auf die russischen Militäraktionen mit großer Zurückhaltung zu reagieren.

Das Vordringen der NATO im Kaukasus

Es ist kein Zufall, dass in diesen Tagen die OSZE-Konferenz ausgerechnet in Istanbul in der Türkei stattfindet, woran in den westlichen Medien übrigens überhaupt keine Kritik geübt wird, geschweige denn, dass mal nachgefragt wird, warum europäische Sicherheitsverträge gerade in der Türkei diskutiert werden. Und auch, dass US-Präsident Clinton sich auf dieser Konferenz zu Wort meldet und seinem "Freund Boris" eindringlich "ins Gewissen redete", wird nicht hinterfragt - was hat Clinton denn auf der OSZE-Konferenz verloren?

Nun, Clinton ist ja auch aus ganz anderen Gründen in der Türkei, galt es doch, mit dem türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel etwas ganz anderes zu

feiern, nämlich die Tatsache, dass die Einrichtung eines "Energiekorridors" von Zentralasien über Aserbeidschaan in die Türkei endlich unter Dach und Fach gebracht wurde. Nach jahrelangen Verhandlungen soll 'am Rande' der OSZE-Konferenz der Vertrag über den Bau einer Öl- und Gaspipeline von der aserbeidschanischen Hauptstadt Baku bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan unterschrieben werden. Die Partner in diesem mehrere Milliarden US-Dollar umfassenden Geschäft

Pipeline einspeisen wollen. Getätigt wird das ganze von einem *Konsortium Azerbaijan International Operation Company (AIOC)*, in dem unter Führung des BP-Konzerns mehrere US- und norwegische Konzerne mit dem staatlichen aserbaidschanischen Ölkonzern Socar und der russischen Lukoil zusammengeschlossen sind.

Für die USA ist dieses Projekt eines der wichtigsten strategischen Projekte überhaupt, um die immensen fossilen Energievorräte des Kaspischen Beckens und

Zentralsiens für den Westen zu erschließen, ohne auf die Kooperation Russlands oder Irans angewiesen zu sein.

In dieser Entwicklung liegt vermutlich auch der tiefere Grund für Russlands Krieg in Tschetschenien, denn Moskau kann mit Recht davon ausgehen, dass es mit diesem Projekt aus seinen Einflussgebieten im Kaukasus und in Zentralasien vollständig herausgedrängt werden soll.

Dass die Verabschiedung dieses Projekts so lange gedauert hat - immerhin wird darüber seit 7 Jahren verhandelt - lag vor allem am Widerstand der Ölkonzerne, da es unter den "Partnern" erhebliche Differenzen über

die Kosten der Pipeline gab. Während die türkische Regierung, gestützt auf ein Gutachten der deutschen *Pipeline Engineering*, einer Tochter der



Flüchtlinge in Inguschetien

Foto: Reuter

sind neben der Türkei und Aserbeidschan Georgien, über dessen Territorium die Pipeline führen soll, sowie Kasachstan und Turkmenistan, die Öl und Gas in die

Essener Ruhrgas, von 2,7 Milliarden Dollar spricht, geht die AIOC von vier Milliarden Dollar Baukosten aus. Da außerdem die Probebohrungen im vergangenen Jahr nicht die erhofften Ergebnisse brachten, waren die Ölkonzerne erst einmal mit der kleinen Variante, einer Pipeline von Baku bis zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa, zufrieden. Doch die USA drängten zusammen mit der türkischen Regierung und dem aserbajdschanischen Diktator Haidar Alijew auf die geostrategische Lösung. Dass Russland dies nicht tatenlos hinnehmen wird, deutete sich in den vergangenen Tagen schon an. Zum ersten Mal fielen auch Bomben nicht nur auf tschetschenisches, sondern auch auf georgisches Gebiet. Mit einiger Sicherheit kann man davon ausgehen, dass Russland mit Hilfe armenischer Nationalisten in Georgien versuchen wird, den Konflikt um Berg-Karabach wieder anzuhetzen, um weitere Vorwände für Militäraktionen in Georgien zu schaffen. Dann wäre an den geplanten geostrategischen Vorstoß der NATO vorerst nicht zu denken.

Was ist los in Russland ?

Die Frage wird zur Zeit wohl kaum jemand, auch nicht die Medienfachleute westlicher Staaten vor Ort, beantworten können. Tatsache ist, dass die durch und durch korrupte Clique um Jelzin und Putin durch zahllose Skandale in der Bevölkerung vor den Bombenanschlägen in Moskau und Buinak so gut wie isoliert war, dann aber durch die Beschworung der Gefahr des "islamischen Terrorismus in den Kaukasus-Republiken" eine na-

tionale Bewegung organisieren konnte, die hinter der gnadenlosen militärischen Offensive in Tschetschenien steht.

Das russische Militär wird als "Retter des Vaterlandes" gefeiert, großrussisch-nationalistische Stimmungen sind weit verbreitet. *"Der Nordkaukasus ist russisch, und wenn es sein muss, werden wir ihn mit Zähnen und Klauen verteidigen"*. Solche Äußerungen waren von Russen im Kaukasus im Spätsommer 1999 vielfach zu hören.

Allerdings hat die Jelzin-Clique diesen Kurs im wesentlichen schon in den Jahren zuvor verfolgt. Seit 1992 versucht sie hartnäckig, die Konflikte im Kaukasus (wie in Abchasien oder Nagorny-Karabach) als Druckmittel gegen die Nachbarstaaten zu nutzen.

Als die Truppen Russlands die Kontrolle über den Norden Tschetscheniens zurückgewonnen hatten, erneuerte der russische Energieminister sein Angebot an Aserbajdschan, dass Russland innerhalb von zwei Jahren zwölf Millionen Tonnen Rohöl durch eine Pipeline transportieren wolle, die nicht über Grosny verlaufen werde. Gleichzeitig wurde die georgische Regierung unter Druck gesetzt: Mit dem Vorwurf, die georgische Grenze zu Tschetschenien sei zu durchlässig, hob Moskau Ende September die Blockade gegen Abchasien auf - und erhöhte damit die Gefahr neuer Unruhen an der georgischen Schwarzmeerküste.

Diese Politik, Konflikte mit Blick auf die geostrategischen Interessen zu instrumentalisieren, hat sich stets über die sozialen und

wirtschaftlichen Notwendigkeiten der jeweiligen Regionen hinweggesetzt, und die Völker des Kaukasus waren immer die Leidtragenden.

Kein Wunder also, wenn sich im gesamten Kaukasus und darüber hinaus unter den Menschen der Wunsch nach politischer, sozialer und staatlicher Unabhängigkeit stetig verstärkt hat: Moskau selbst schuf für diese Entwicklung die Voraussetzungen.

Die ökonomische Entwicklung in Russland ist, was die Produktivität betrifft, in weiten Bereichen auf der Stufe des frühen Industrie-Kapitalismus und heute fast vollständig von den Milliarden des IWF abhängig. Die neue herrschende "Klasse" ist durch und durch korrupt und lässt die Gewinne aus Export-Geschäften zu großen Teilen in den "westlichen" Kapital-Markt zurückfließen. Deshalb ist sie für "den Westen" zur Zeit der bestmögliche "Partner".

Allerdings wird diese Entwicklung zweierlei bewirken: Die immense soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung Russlands wird mit Sicherheit zu massiven sozialen Unruhen führen, die Kriege gegen die Kaukasus-Republiken können nur eine zeitweilige "Verschnauf"-Pause bewirken, mittelfristig wird Russland seine Hemonie über den Kaukasus und über Zentral-Asien verlieren, die Auflösung der GUS ist nur noch eine Frage der Zeit.

Stefan W. Born

GRÜNDUNG EINES DVU-KREISVERBANDES VORLÄUFIG GESCHEITERT

Nazis im Kreis Recklinghausen versuchen Neuanfang

Am Samstag, dem 19. November 1999, versuchten überwiegend Altnazis, gescheiterte Existenzen, bankrotte Ex-Unternehmer und Ex-CDUler, in der Waltroper Gaststätte "Zur schwarzen Kuhle" einen "Kreisverband Recklinghausen" der DVU zu gründen.

Die ca. 60 DVU-Mitglieder und Freunde, fast ausschließlich männlich und über 60, stammen aus Waltrop, Marl, Datteln, Oer-Erkenschwick und Castrop-Rauxel, 'ideologische' Unterstützung erhielten sie von Nazis aus Herne und Dortmund.

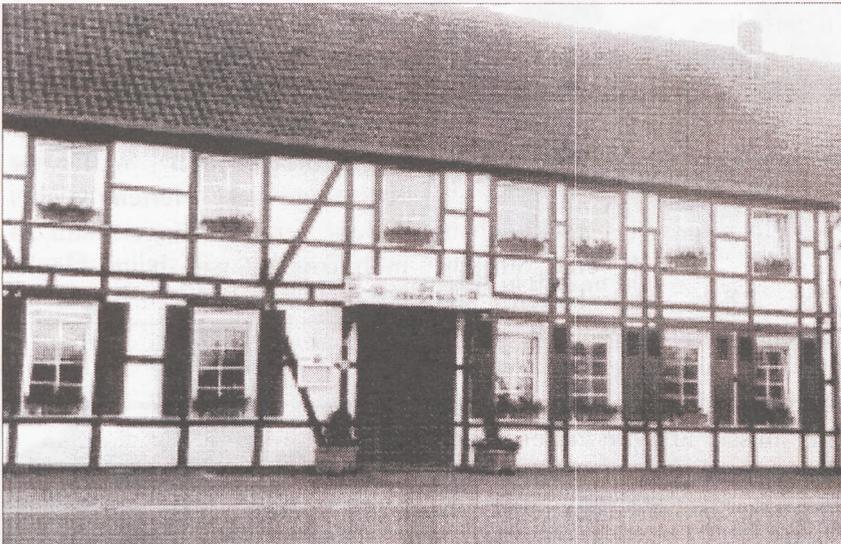
"Kreisbevollmächtigter" ist (noch) der 39jährige Pleitenunternehmer **Heiner Höving** aus

Scheitern waren wohl ausschlaggebend dafür, dass er sich bei Frey in München bewarb. Ob er für Frey noch immer der geeignete Mann für diesen 'Job' ist, bleibt abzuwarten. Immerhin hat er sich einige Schnitzer erlaubt: Zum einen wurde der Termin der geplanten Gründung in der Waltroper Gaststätte vorzeitig bekannt, auch die konspira-

mann, den Saal der Gaststätte für das angebliche Treffen eines "Motorradclubs" an. Petermann selber "fiel" nach eigenen Angaben "aus allen Wolken", als er erfuhr, dass sich die DVU bei ihm eingenistet hatte. Des Wirtes Angaben sind aber mit Vorsicht zu genießen, da seine am 19. 11. anwesende Ehefrau erzählte, der Treff des "Motorradclubs" werde "wahrscheinlich wegen des schlechten Wetters" ausfallen, aber "das monatliche Treffen der anderen Gesellschaft wäre wohl verschoben worden."

Als die WAZ bei Höving anknöpfte, um von seinen Plänen etwas zu erfahren, musste er notgedrungen zugeben, dass "Gerüchte über die Gründung eines DVU-Kreisverbandes nicht aus der Luft gegriffen" seien. Dies sei "ein Ziel, auf das wir hinarbeiten." Er behauptete aber wahrheitswidrig, dass eine Gründung in 1999 nicht mehr geplant gewesen sei: "1999 geht dem Ende entgegen, noch sind wir mit den Vorbereitungen nicht soweit. Aber es ist klar, dass man noch von uns hören wird."

Die Tatsache, dass seit Monaten konspirative Treffen stattfanden, versuchte er mit der Aussage herunterzuspielen: "Wir haben



"Zur schwarzen Kuhle" in Waltrop

Foto: AFB

Waltrop. Höving ist seit April 1999 Mitglied der DVU und saß vorher 4 1/2 Jahre für die CDU im Waltroper Stadtrat. Gescheiterte Versuche, höhere Parteifunktionen zu ergattern wie auch sein unternehmerisches

tiven Treffen Hövings mit seinen Mitarbeitern auf dem Parkplatz des Waltroper Schiffshebewerks im Vorfeld des 'Gründungsversuchs'. Zudem meldete er, zumindest nach Angaben des Wirtes, Herrn Peter-

extra nicht vor den letzten Wahlen auf uns aufmerksam gemacht, damit die Leute nicht denken, dass wir auf einen Zug aufspringen wollen."



DVU-Chef Höving Foto: RZ

Genau das aber ist der Hintergrund von Höving und ähnlichen 'gescheiterten Existenzen': Sie versprechen sich von der Rechtentwicklung und den Wahlerfolgen der faschistischen DVU einzig und allein, aus ihrer finanziellen Misere herauszukommen und Gelder abzustauben. Dass sie dabei relativ schnell ein braunes Milieu organisieren konnten, ist nicht weiter verwunderlich.

AntifaschistInnen aus Recklinghausen ist seit geraumer Zeit bekannt, dass im Umfeld des Waltroper Schiffshebewerkes Nazis ihr Unwesen treiben.

So hatte es vor einigen Jahren einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Dattelner Stadtteil Hagem gegeben, so wohnte die langjährige 'Führerein' der "Mädelschar" und Herausgeberin von vier Ausga-

ben des Fanzines "Die Volkstreue", Nicole Nowicki, damals auf der Becklemer Str. im Recklinghäuser Stadtteil Suderwich, in der Nähe des Schiffshebewerks.

Kein Zufall auch, das jugendliche Neonazis aus dem Castrop-Rauxeler Stadtteil Bladenhorst verantwortlich waren für einen brutalen Überfall auf eine Jugendliche am Rhein-Herne Kanal vor einem Jahr, der damals ein Hakenkreuz in die Wange geritzt worden war.

Im Recklinghäuser Stadtteil Suderwich sind bestimmte Kneipen als Nazi-Treffpunkte bekannt, im Herner Osten sind NPD-Leute aktiv, die regelmäßige Kontakte zu Nazis im sogenannten Ost-Vest (Einzugsgebiet der Städte Datteln, Waltrop, Castrop-Rauxel) unterhalten.

Seitdem die DVU mit 2 Vertretern im Dortmunder Stadtrat sitzen, wurden verstärkte Organisationsversuche der DVU registriert.

Nachdem im Kreis Recklinghausen der Versuch, eine Struktur der REPs aufzubauen, als gescheitert anzusehen ist, da ihr Ex-Kreisvorsitzender wegen Kindesmissbrauchs ins Gefängnis musste und die Partei wegen Fälschung von Stützunterschriften für die Beteiligung an Wahlen ins Gerede gekommen war, nachdem auch die sogenannten Freien Kameradschaften nach Dieter Rieflings ("Mieslings") Flucht nach Northeim zu seinem Busenfreund Thorsten Heise nicht mehr richtig auf die Beine gekommen sind, sahen die Nazis wohl im Aufbau eines Verbandes der

DVU eine neue Chance. Bestärkt wurden sie dabei von den Wahlerfolgen der DVU in einigen neuen Bundesländern.

Die NPD hatte einige Zeit die Nase vorn, solange noch Melanie ("Gismo") Dittmer aus Marl die Fäden zog und dabei war, eine Kreisverband unter dem Firmenschild der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) aufzubauen. Sie war zeitweilig in der Redaktion der in Bochum-Wattenscheid herausgegebenen "Schwarzen Fahne" aktiv, musste sich dann - ähnlich wie weiland N. Nowicki, aus dem Kreis RE zurückziehen, ist aber immer noch regelmäßig bei ihren alten 'Kameraden' im Raum Marl zu Gast.

Mit dem Austritt des JN-Landesverbandes NRW aus der NPD kann die Tätigkeit dieser Partei im Kreis Recklinghausen ebenfalls als gescheitert bezeichnet werden. Daran kann auch das verzweifelte Bemühen des NPD-Kreisvorsitzenden Wolfgang Kevering aus Herten nichts ändern, seine Anhängerschaft zu mobilisieren, wie beim kläglichen



DVU: Hass gegen Ausländer

chen Versuch, an der Diskussion über "National befreite Zonen" im Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum 'teilzunehmen'. Kevering, ehemals REP-

Funktionär und wegen Mordes lange Jahre im Knast, dürfte selbst innerhalb der Nazi-Szene nicht unumstritten sein.

Der Versuch der NPD, eine gemeinsame Liste mit den REPs zu den letzten Kommunalwahlen im Kreis RE zu bilden, wurde vom Landesverband der REPs zurückgewiesen. Bei den Kommunalwahlen versuchte es die NPD in Herten dann noch einmal mit einer 'nationalen Liste', scheiterte aber daran, dass die Gründungsversammlung nicht in Herten, sondern einer anderen Stadt durchgeführt worden war. Letzte Hoffnung also: die DVU. Erste Aktivitäten in dieser Richtung waren schon bei den letzten Bundestagswahlen zu beobachten, als an einigen Stellen im Kreis RE DVU-Plakate auftauchten.

Die in den vergangenen Monaten betriebene Aufbauarbeit vollzog sich, wie erwähnt, 'streng konspirativ', man traf sich anfangs an jedem dritten Freitag im Monat im Schutz der Dunkelheit, abends ab 19.30 Uhr auf dem Parkplatz des Neuen Schiffshebewerks in Waltrop, später

fanden dann einige Treffen in der "Schwarzen Kuhle" statt.

Der gescheiterte Versuch, am 19.11. einen Kreisverband zu gründen, bedeutet selbstverständlich keineswegs, dass die DVU ihre Bemühungen einstellen wird. Einen ersten Dämpfer haben sie aber immerhin bekommen. Es kommt nun darauf an, im Ostvest verstärkt über die faschistische DVU aufzuklären. Konkret wäre eine Aktion gegenüber den Gastwirten der Re-

gion sinnvoll, die darauf abzielt, den Nazis jede Möglichkeit, sich öffentlich zu versammeln, zu untersagen. Auch sind die örtlichen Parteien von CDU, SPD, FDP und Grünen darauf anzusprechen, wie sie sich angesichts der faschistischen Organisationsversuche 'vor ihrer Haustür' zu verhalten gedenken.

Den Nazis keinen Fußbreit !

Stefan W. Born



DVU in Passau

Foto :UZ

Anzeigen

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
 45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
 Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



*Partner der
 Büchergilde*

BUCHLADEN
TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
 • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
 SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
 • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
 • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
 Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
 Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
 44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT

Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt
Schon Tradition hat die Recklinghäuser "Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt", die unsere Organisation alljährlich ab dem 9. November, dem Jahrestag der Nazi-Pogromnacht, durchführt. Unterstützt wurden wir diesmal nur vom Internationalen Freundschaftsverein (IFV) und von Vertretern von Menschenrechtsorganisationen. Gruppen wie DKP oder PDS waren nicht dabei, ihre Mitarbeit war jedoch auch in den vergangenen Jahren schon sehr gering.

Von besonderer Bedeutung war am 8.11. zum Auftakt der Woche die längst überfällige Gründung einer **Flüchtlings-Koordination**, der in Zukunft alle Organisationen angehören, die im Kreis Recklinghausen in Flüchtlings-, Menschenrechts- und Asylpolitik aktiv sind. Diese Koordination trifft sich in Zukunft jeden ersten Donnerstag im Monat in den Räumen des Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrums.

Am **9. November** fand dann vor dem Recklinghäuser Gedenkmal für die vom Faschismus ermordeten Jüdinnen und Juden eine **Gedenkfeier** statt, bei der ein Vertreter der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sowie der neue Bürgermeister der Stadt, Pantförder (CDU), Ansprachen hielten. Der AFB gedachte der Ermordeten durch eine Kranzniederlegung, ein Vertreter unserer Organisation ging in seinem Beitrag vor allem auf die Lehren aus dem Faschismus für die Gegenwart ein.

Eine Veranstaltung am **10. November** beschäftigte sich mit **Hermann Burger**, der als "Fälscher wider Willen" und Zeitzeuge bekannt geworden ist.

Burger war von den Nazis mit einer Gruppe weiterer Häftlinge benutzt worden, vor allem britische Währung in großer Menge zu fälschen. Über seine Erfahrungen im KZ Sachsenhausen schrieb er ein Buch und drehte einen Film unter dem Titel "**Des Teufels Werkstatt**". Burger, der zur Eröffnung einer Ausstellung in Recklinghausen weilte, konnte wegen dringender Verpflichtungen in seiner Heimatstadt Prag nicht an der Veranstaltung teilnehmen, hat aber sein Kommen bei einem weiteren Besuch im nächsten Jahr fest zugesagt.

Der Donnerstag war dem Gedenken an unseren Freund **Paul Wulf** gewidmet, der vor kurzem verstorben ist. Wir sahen einen Film über Pauls Leben, Klaus Dillmann berichtete von der Gedenkveranstaltung in Münster (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe), in der Diskussion wurde vor allem herausgestellt, dass die medizinische und psychiatrische Ausschaltung "menschenunwürdigen Lebens" keine Erfindung der Nazis war, sondern nur die konsequente Fortsetzung einer längst geforderten und teilweise schon verwirklichten Praxis deutscher

Psychiater und Ärzte. Es wurde die Frage gestellt, inwieweit nicht die aktuelle Entwicklung der Gentechnologie und der Biotechnik eine nahtlose Fortsetzung faschistischer "Rassen"-Politik darstellt. Der AFB sieht es als seine Aufgabe an, zu einer breiteren kritischen Diskussion über diese "neuen" Technologien beizutragen.

Ein wenig Aufregung gab es dann am Freitagabend, als in den Räumen des BBZ über die aktuelle Entwicklung des faschistischen Konzeptes "**National befreite Zonen**" diskutiert wurde.

Etwa 20 NPD-Leute unternahmen der Versuch, "an der Diskussion teilzunehmen", was ihnen verwehrt wurde. Der NPD-Aufmarsch war schon kurz vor dem Brecht-Zentrum von der Polizei gestoppt worden, nur eine vierköpfige Abordnung unter Führung ihres Kreisvorsitzenden Kevering kam bis zum Eingang und musste sich umgehend wieder auf den Rückmarsch machen. Kevering, der dem AFB schon mehrfach "Gesprächsangebote" gemacht hatte, beschwerte sich, dass der AFB seine Veranstaltung "von

der Polizei schützen" ließe. Ihm dürfte in der Dunkelheit entgangen sein, dass das Brecht-Zentrum von einer ansehnlichen Gruppe junger AntifaschistInnen geschützt wurde, die auch den NPD-Abmarsch bis zum Recklinghäuser Bahnhof begleitete. Ihnen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Und wenn die Recklinghäuser Polizei es als ihre Aufgabe ansieht, die "Arschlöcher von der NPD" (O-Ton eines Polizeivertreters) an ihrem Tun zu hindern, begrüßen wir dies natürlich.

Der Diskussion tat das kurze Zwischenspiel keinen Abbruch, Film und Referat belegten anschaulich, welche Erfolge und Rückschläge die Faschisten mit ihrem "Konzept" im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten.

Einen wirklich begeisternden Höhepunkt und Abschluss fand die Woche mit einem **Antifa-Konzert** im Herner Jugendzentrum Heisterkamp, das von der Herner AFB-Gruppe organisiert wurde. Ca. 200 Gäste waren bei der Musik von "Uphold", "The

Radioactives", "Senseless" und "The Pig must die" bester Stimmung, auch der vor Beginn gezeigte Film über "National befreite Zonen" fand einiges Interesse.

Fazit: Auch wenn wir als AFB

AsylbewerberInnen sich eine praktische und stabile Zusammenarbeit zwischen AntifaschistInnen und MenschenrechtlerInnen zu entwickeln beginnt, bestätigt uns in dem Motto der Woche:



Antifa-Konzert im "Heisterkamp"

Foto: AFB

die Woche in diesem Jahr weitgehend allein organisierten, wurde deutlich, dass das Interesse an antifaschistischem Engagement, insbesondere bei Jugendlichen, wieder zunimmt. Dass im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen und

"Erkämpft das Menschenrecht".

Die Woche findet mit Sicherheit auch im nächsten Jahr statt.

AFB Ruhrgebiet

A
N
Z
E
I
G
E
N

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Gesetze
Eigene Mühle

Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
Naturkost . Naturwaren

Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27. Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- ◆ Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- ◆ Party- und Veranstaltungsservice
- ◆ Vollwertbuffets
- ◆ Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- ◆ Große Auswahl an ökologischen Weinen
- ◆ Regelmäßige Weinproben
- ◆ Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- ◆ Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- ◆ Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
KOST&WAREN

GEDENKFEIER IN RECKLINGHAUSEN AM 9. NOVEMBER 1999

Wir gedenken der Opfer faschistischer Gewalt während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Wir gedenken der Opfer des ersten Höhepunktes faschistischer Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1938, die von der Nazis verniedlichend "Reichkristallnacht" genannt wurde, dieser Pogrom jährt sich heute zum 61. Mal.

Der hemmungslose Vernichtungswillen, der jedwede humanistische, christliche, moralische, aufklärerische und demokratische Tradition für "erledigt" erklärte, griff in dieser Nacht zum ersten Mal reichsweit, systematisch und gründlich organisiert und ohne Widerstand seitens der Bevölkerung um sich und machte jedem klar, wie die Faschisten in Zukunft mit Jüdinnen und Juden umzugehen gedachten.

Zwar brannten in dieser Nacht noch keine Menschen, es wurden auch nur etwa 100 durch Erschlagen, Folter oder Erschießen zu Tode gebracht, doch es brannten die Synagogen, und dies war mehr als ein bloßes Verbrennen von Gebäuden.

Was verbrannt werden sollte und weitgehend wurde, war der Wesenskern des Judentums, das Zentrum der jüdischen Gemeinden, der Kristallisationspunkt jüdischen Lebens und Glaubens.

Diese Brände hatte nicht nur symbolische, sondern ganz materiell handfeste Bedeutung.

Genauso wie die Faschisten schon zu Beginn ihrer Diktatur mit dem Verbrennen von hunderttausenden von Büchern auf riesigen Scheiterhaufen keineswegs nur symbolische Aktionen durchführten, nein, sie wollten die Schriften, jedes geschriebene Wort vollkommen vernichten, das humane, tolerante und demokratische Inhalte vermittelte.

All dies war für die Nationalsozialisten "undeutsch", "volksfremd" und "krank".

Auch diese Bücherverbrennungen entsprangen schon diesem tiefgehenden Antisemitismus, der weit mehr bedeutete und bedeutet als die Ablehnung einer bestimmten Religionszugehörigkeit.

Der Jude, der "Semite", das war als Bezeichnung auch und immer synonym verstanden für den "Volksschädling", den "Schmarotzer" und somit eine Feindbestimmung, die in ihrer materiellen Grundlage an den sozialen Ungleichheiten jeglicher Art anknüpfte und anknüpft.

Die wirtschaftliche Konkurrenz zu Großkapital in Händen von Unternehmern jüdischen Glaubens, zu Geschäftsleuten, Kaufhausbesitzern und Kleinhändlern jüdischen Glaubens war *eine* Ursache für die Klammer des Antisemitismus.

Eine zweite, wesentliche, Ursache des Antisemitismus war die aufklärerische, philosophische und demokratische geistige Orientierung eines Teils der jüdischen Theologie, die von den Faschisten dann mit der Formel von der "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" in praktische Vernichtungspolitik umgesetzt wurde.

Ich frage an dieser Stelle, ob die geistigen und wirtschaftlichen Ursachen faschistischen Denkens und Handelns in unserer Demokratie tatsächlich bedeutungslos geworden sind.

Seit Monaten werden wieder gezielt und planmäßig jüdische Friedhöfe geschändet, Gräber umgeworfen und durch faschistische Parolen verunglimpft.

Seit mehreren Jahren ist fremdenfeindliche Gewalt in Form von Hetzjagden, Verprügeln, Anzünden von Asylbewerberheimen bis hin zum Mord von Andersaussehenden, anders Lebenden und sozial Ausgegrenzten zum Alltagsgeschehen geworden - ein schleichender Gewöhnungsprozess hat stattgefunden.

Seit etwa einem Jahr werden fast alle faschistischen Demonstrationen durch Urteile von Oberverwaltungsgerichten bis hin zum Bundesgerichtshof erlaubt, damit wird gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes verstoßen.

Seit Monaten führen dieser Staat und maßgebliche Kreise der Industrie einen beschämenden, heuchlerischen und zynischen Streit um die Höhe bzw. überhaupt um die Zahlung einer Entschädigung für die wenigen noch lebenden Zwangsarbeiter, die während des Faschismus für den deutschen Staat und die deutsche Industrie sich unter menschenunwürdigen Bedingungen in den meisten Fällen zu Tode schufteten mussten.

All dies belegt meines Erachtens zur Genüge, dass auch heute die Möglichkeit einer faschistischen Diktatur, in welcher Form auch immer, in Deutschland besteht.

Organisieren wir mit allen antifaschistischen und demokratischen Kräften die Gegewehr.

NIE WIEDER FASCHISMUS ! NIE WIEDER KRIEG !

Antifaschistischer Bund (AFB)

Das Konzept der "National befreiten Zonen"

Seit nunmehr drei Jahren taucht der Begriff "National befreite Zone" auf - sei es nun im Internet, in theoretischen Schriften oder im Sprachgebrauch. Doch was verbirgt sich denn nun dahinter, wie definiert sich dieser Begriff, ist es nur eine Alltagserscheinung oder ein Strategiebegriff ?

Vielleicht erst ein paar Worte zur Lage: Man liest und hört so manches über faschistische Gewalt, ob nun bei der Bundeswehr, auf Zeltplätzen in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburgischen Kleinstädten oder im McDonalds um die Ecke.

Diese meist vereinzelt Informationen werden aber nie als Ganzes gesehen bzw. gedacht. Auf Befragung von Polizisten und Lehrern in Brandenburg schätzten sie ein, dass über 90 % der Jugendlichen dort rechtsextrem orientiert seien. Bei den Erwachsenen sehe die Situation ganz ähnlich aus: 80 % sollen eine mehr oder weniger rechte Meinung haben (Berliner Zeitung vom 31.1./1.2.1998). Nach einer Studie der FU Berlin würden im Ostteil der Stadt 20 % der SchülerInnen und Azubis bei den Wahlen rechtsextremen Parteien ihre Stimme geben. Fast 70 % würden, wenn es möglich wäre, die verbotene FAP wählen (lt. Verfasser der Studie, Professor Merkens).

Ganze Gebiete sind "national befreite Zonen". Eine solche "Zone" kann alles mögliche sein, ein S-Bahn-Waggon, in dem nur Nazis fahren dürfen, ein Jugendclub, ein Mietshaus, ein Kiez, ein Dorf, ein Stadtteil usw., überall dort, wo rechte Hegemonie herrscht, d.h. wo Anders-

denkende sich nicht mehr äußern können, geschweige denn so leben können, wie sie es wollen.

"Wir betrachten die befreiten Zonen aus konzeptioneller Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivistin. Es geht keineswegs darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer GEGEN-MACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR sanktionieren Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, WIR helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. das Regime und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivistin der Stadt ZWEITRANGIG. Entscheidend wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezeter der Systemmedien sein. Wir sind drinnen, das Regime bleibt draußen." (Vorderste Front, Nr. 1)

Die "befreite Zone" ist längst Realität. Dazu ein eher noch "harmloseres" Beispiel:

Im Juli 1997 wollte ein ZDF-Kamerateam eine Reportage

über rechtsextreme Strategien drehen. Am Abend des 11. Juli 1997 bog das gut getarnte Kamerateam auf den Paul-Frost-Ring in Fürstenwalde bei Berlin ein. Gut getarnt heißt, man gab sich als Medienvertreter äußerlich nicht zu erkennen. Die Kamera war außerhalb des Wagens mit hessischem Kennzeichen nicht zu sehen. Begleitet wurde das Team von einem zweiten Wagen mit Potsdamer Kennzeichen. Bereits nach der ersten Runde ums Karree kam dem Fernsehteam ein Fürstenwalder Fahrzeug entgegen, dessen Insassen durch ihr Outfit keinen Zweifel an ihrer rechten Orientierung zuließen. Während der Wagen mit dem Kamerateam ein zweites Mal das Karree passierte, gesellte sich ein weiteres Fürstenwalder Fahrzeug hinzu. Die "fremden" Wagen fuhren schließlich in der Mitte der beiden "Aufklärer". Dann näherten sich immer mehr Autos, die mit Nazis besetzt waren. Nazis beugten sich aus den Fenstern, Nazis traten aus den Hauseingängen. Das Fernsehteam verließ schließlich, eskortiert durch die beiden "Aufklärer", das Wohngebiet. Über Umwege fuhr das Fernsehteam dann ins mitten in Fürstenwalde gelegene Büro des Mobilien Beratungsteams Brandenburg. Gefolgt war ihnen

scheinbar niemand. Als jedoch ein paar Stunden später ein Mitarbeiter eines der Fenster öffnete, grüßte von der gegenüberliegenden Straßenseite einer der "Kameraden" herauf.

So oder ähnlich sieht die Realität bereits in vielen Gebieten aus. Den Nazis stehen dabei vielfach bessere technische Ausrüstungen zur Verfügung als der Polizei. Autos, CB-Funk, Handy's lassen sie Kontrolle über alles und jeden in ihrer "Zone" ausüben. So ist es nicht mehr verwunderlich, dass Schulkinder in Hoyerwerda es schon ganz normal finden rechts zu sein. Dass durch diese Hegemonierolle selbst LehrerInnen, die bisher als demokratisch galten, extrem rechtes Gedankengut "unbemerkt" nachplappern und "deutschen Fleiß" verlangen, zeigt die Tragweite der derzeitigen Situation.

Wie entstehen nun solche "befreiten Zonen"? Hierbei gehen die Nazis manchmal regelrecht nach Konzepten vor, hier kurz erläutert am Beispiel eines Berliner (Treptow) Jugendclubs. Am Anfang stehen kleinere Provokationen: die Normen werden gebrochen, faschistische Musik gehört, ausländerfeindliche Parolen gerufen, T-Shirts, Aufnäher und Anstecker aus der Fascho-Szene getragen, Andersdenkende eingeschüchtert. Als Nächstes beginnt man, andere zu Mitwissern zu machen: Nach dem Clubbesuch geht man los, "Zecken" und Ausländer "aufzuklatschen", danach wird über die Aktionen groß berichtet - es gibt nun keinen mehr, der es wagen würde, dagegen auch nur verbal Widerstand zu leisten - alle passen sich an. Es kommt zur

Gründung "mobiler Trupps", die sich spontan im Umfeld einer Aktion ergeben und Ansätze für kurzfristige, aber effektive Strukturen bilden. Es tauchen immer mehr Propagandamaterialien auf. Mit der Zeit beginnt die Organisierung in "Kameradschaften" oder Parteien und die gleichzeitige Disziplinierung der Mitglieder. Es werden Kontakte zur ansässigen Bevölkerung aufgebaut, es wird um Akzeptanz gekämpft, weitere Gebiete werden "erobert" - so kann sich - Zug um Zug - auch die nähere und weitere Umgebung zur "natioual befreiten Zone" entwickeln.

In solch einer "befreiten Zone" ist es dann lebensgefährlich, anders zu sein. Wenn man sich weigert, an Aktivitäten teilzunehmen, kann es die härtesten Konsequenzen nach sich ziehen. Oft reicht es schon, nicht so auszusehen, wie die Fascho-Szenen-Mode es vorschreibt.

Wer sich heute also noch dem Glauben hingibt, Nazis seien stotternde, bierbäuchige Glatzköpfe, denkt und handelt fahrlässig. Die rechte Szene ist heute vernetzter und schlagkräftiger denn je. Viele Ziele, die sie sich gesetzt haben, sind bereits erfüllt. So konnten sich z.B. "Die Nationalen e.V." im November 1997 auflösen, denn ihre Zielsetzung, in die Alltagskultur einzudringen und sie entscheidend zu bestimmen, erschien ihnen als erfüllt. Konsequenterweise wurden fast alle Orts- und Kreisverbände nun geschlossen in die NPD/JN überführt.

"Das Wohngebiet: Revolutionäre

dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken. Dann ist es unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in INTENSIVEN Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen. Das ist übrigens der fundamentale Unterschied zu gleichgearteten Bemühungen der Linksextremisten. Während wir MIT dem Volk uns solidarisieren, mit ihnen kämpfen und siegen werden, versuchen sich die Genossen vom anderen Ufer von genau diesem Volk abzukoppeln, sie kämpfen GEGEN das Volk, weshalb sie verlieren müssen.

Beispiele: Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten. Man kann gegen den Zuzug eines Supermarktes, die Vertreibung alteingesessener Mieter durch Miethaie, die Schließung des kleinen Eckladens, den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderen Lichtgestalten oder den Bau einer Autobahn durch das Wohnviertel protestieren und agieren. Man muss so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die 'normalen' Bewohner für uns "die Hand ins Feuer legen". Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung nicht nur

nichts nutzen, sondern das genaue Gegenteil bewirken: die Menschen werden noch stärker in unsere Arme getrieben. Für die Menschen vor Ort werden WIR und nicht anonyme politische Strukturen und arrogante Politiker und Bürokraten das Maß aller Dinge sein. WIR sind die Elite dieser Wohngegend. UNS traut man zuerst, WIR sind die Vorbilder und WIR haben die Macht, die wir nicht missbrauchen, eben weil wir sie wirklich und nicht mehr nur fiktiv haben. Allerdings ist das soeben mühselig erkämpfte Ansehen sehr schnell wieder durch UNWÜRDIGE aller Spielarten zu verspielen.

Weshalb wir auf die charakterlichen Eigenschaften unserer Mitkämpfer nicht genug Wert legen können."

(Vorderste Front, Nr. 1)

Die Basis der Theorie der "befreiten Zonen" sind Gedanken des italienischen Revolutionärs Gramsci. Hierbei handelt es sich um die Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage kultureller und politischer Hegemonie. Beispiel: Während der Intifada in den von Israel besetzten Gebieten gab es mehrere "befreite Gebiete", in denen zwar der israelische Staat noch die militärische Macht innehatte, aber die Volkskomitees Parallelstrukturen errichteten: eigene Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Kindergärten, Schulen, eine eigene Rechtssprechung, welche das "Recht" der Besatzer komplett ignorierte usw. In anderen Teilen der Welt, in denen kommunistische und revolutionäre Befrei-

ungsbewegungen agieren, werden diese Konzepte der "befreiten Gebiete" noch heute in die Praxis umgesetzt - so in Kolumbien in den Einflussbereichen der EPL (CPC/ML). Die Theorie und die Praxis der "national befreiten Zonen" ist also nichts anderes als eine extrem perverse Kopie linker Ideen, welche, wenn sie wirklich mit faschistischen Inhalten gefüllt werden können, zu einer echten Gefahr werden können. Die Zeitung der "Neuen Rechten" *Junge Freiheit* schreibt zu diesem Thema: "Noch wichtiger für die Rechte aber dürfte der Italiener Antonio Gramsci sein, kommunistischer Vordenker und Vertreter der Theorie der "kulturellen Hegemonie". Er verwies darauf, dass im politischen Kampf nicht die Methoden der Herrschenden nachzuäffen seien, sonst gerate man fast zwangsläufig in einen Hinterhalt."

Wie eingangs angedeutet, geistern diese Ideen und Handlungsanweisungen schon seit einigen Jahren durch die NS-Szene. Wie sehen nun aber heute die eventuell daraus resultierenden Ergebnisse aus?

Planmäßige Aufbauarbeiten von Seiten der organisierten Nazi-Szene sind derzeit nur fragmentarisch erkennbar:

- in Altenburg (Sachsen) leisten die Faschisten eine, durchaus erkennbare und von der Stadt und der Bevölkerung honorierte, Jugendarbeit, beispielsweise in Jugendclubs und mit Streetworkern

- in Thüringen, wie in Gera, sind Nazis unter Arbeitslosen und in deren Verband aktiv

- in Zittau und Umgebung, Süd-

Ost-Sachsen, sind Jugendprojekte im Aufbau und es existieren staatlich finanzierte Jugendvereine mit eindeutig nazistischem Hintergrund - hier sind auch NPD und Freie Kameradschaften an Runden Tischen zu Jugendproblematiken neben den etablierten Parteien beteiligt. Neben diesen doch noch sehr vereinzelt organisatorischen Erfolgen gibt es auch eine Reihe von Rückschlägen, wie beispielsweise in Wurzen: Dort hatte die NPD ein weit über die Region einflussreiches Zentrum aufgebaut. Nach mehrfacher, für die Stadt "rufschädigender" Berichterstattung in den Medien und wegen baulicher Mängel wurde das Zentrum geschlossen. Seit einiger Zeit haben die organisierten Faschos nichts mehr so richtig auf die Reihe bekommen. Hier dazu eine kritische Stimme aus dem Nazi-Lager:

"Als (Ex-)Wurzener kann ich nur sagen, das (sic) es ganz annehmbar **WAR**, doch leider ist es momentan so, das (sic) die Straße von Hohlköpfen dominiert wird. Diese Personen ordnen sich zwar laut eigener Aussage dem rechten Spektrum zu, doch reduzieren sie ihr Handeln und Auftreten auf ausgiebigen Alkoholkonsum und Pöbelereien (sic). Ich persönlich bin der Meinung, das (sic) diese Personen nicht der Bezeichnung "Kameraden" würdig sind. (...) Als national befreite Zone kann man Wurzen nicht bezeichnen. Derzeit besteht eine Art "Waffenstillstand" zwischen Links und Rechts (...)."

Bezeichnenderweise ist diese Situation nicht das Resultat des Widerstandes der Bevölkerung,

sondern einfach nur Ausdruck der momentanen Unfähigkeit der Nazi-Szene.

Und der hier angesprochene Waffenstillstand lässt auch nicht gerade Gutes ahnen! Denn das ist nicht unbedingt eine neue Entwicklung: Im Vorfeld einer Demo der NPD und der sog. Freien Kameradschaften in Brandenburg wurden zwischen Nazis und den "Linken" vor Ort Gespräche geführt mit dem Ergebnis eines für die Zeit der Nazi-Veranstaltung geltenden Stillhalteabkommens.

Dazu das faschistische *Nationale Info-Telefon* vom 29.8.1999:

"Es gab keine Gegendemonstrationen, die aus mehr als zwei Personen bestanden. PDS-Funktionäre versuchten zwar sehr engagiert, Gruppen von jungen Leuten, die sich durch ihr Aussehen als "links" zu erkennen gaben, zu "aktivem antifaschistischen Widerstand" zu bewegen, hatten damit aber keinen Erfolg. Nach Ansicht von Demonstrationsteilnehmern könnte dies daran liegen, dass es in den Tagen und besonders den Nächten vor der Demo zufällig zu intensiven Gesprächen nationaler Aktivisten mit revolutionären Elementen der örtlichen Antifa gekommen war. Eine Verbrüderung habe es bei diesen Gesprächen zwar nicht gegeben. Aber die Identifikation gemeinsamer Feinde habe sicherlich zum Abbau von Aggressionen beigetragen. Auch die Erkenntnis der Antifaschisten, sie würden von gewissen Systemkräften ausgenutzt werden, sei ein Ergebnis dieser Gespräche gewesen und könnte

für eine Abkühlung des Verhältnisses der revolutionären Linken zur PDS mitverantwortlich sein."

Gerade dieses Aufeinander-Zugehen von Rechts und "Links" ist das äußerst Bedenkliche an der Entwicklung v.a. in Ost-Deutschland. Da kommt es schon mal zu Gesprächen zwischen FDJ, NPDlern und Mitgliedern sog. Freier Kameradschaften, während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien marschierten in Berlin Nazis auf Friedens - Demos mit, Mahler und Roeder traten gemeinsam auf. Am vorigen Wochenende nahm Mahler, gemeinsam mit Führern der NPD, an einem Fackelmarsch in Neustrelitz teil. Wobei diese Entwicklung nicht nur auf den Osten beschränkt ist: siehe Frankfurt a. M., Karlsruhe und Hamburg.

Also, um es noch einmal konkret zu sagen: National befreite Zonen, als Resultat einer organisierten und planmäßigen Aufbauarbeit, sind momentan nicht zu erkennen. Was aber wohl wichtiger ist, ist das stille, unspektakuläre Zusammenwachsen von Rassismus, Nazismus und Normalität.

In vielen Bereichen, v.a. im Osten, sind Faschos, Glatzen und rechte Sprüche nicht mehr wegzudenken.

- In Stadien, wie z.B. beim letzten Spiel zwischen Union Berlin und Dresden, wo das Stadion übersät war mit den Reichsfarben schwarz, weiß, rot (was in den Berichterstattungen der Medien schon gar nicht mehr kommentiert wird)

- bei Spielen von Hertha Berlin, wo schon mal Tausende "Sieg Heil" und "Ruhrpottkanacken

raus!" brüllen

- bei Musikveranstaltungen, wie bei den diesjährigen Gothic-Tagen in Leipzig, wo ohne größere Probleme auch Nazi-Bands ein Forum geboten wurde - in den Schulen und Ausbildungsstätten, wo, nach Einschätzung vieler Lehrer, Nazis teilweise die Meinungsführerschaft übernommen haben.

Besonders auffällig ist das vollständige Ausbleiben von Protest und Widerstand aus den Reihen der "Normal"-Bevölkerung. Gerade hier ist ein großer Unterschied zwischen Ost und West zu verzeichnen. Während in Köln, Göttingen oder Hamburg anlässlich von geplanten Nazi-Veranstaltungen Tausende sich dagegen verwehren und einiges daran setzen, die Nazi-Spektakel zu verhindern, gibt es im Osten keine erkennbare Gegenwehr. Nicht selten kommt es sogar zu Beifallsbekundungen, wenn man sich nicht gar mit Kind und Kegel einreicht, wie in Rostock, Ludwigslust und anderswo. Und meist bleibt es nicht bei Aufmärschen: unvermindert sind Brandanschläge und Schüsse auf Asylbewerberheime, niedergestochene Antifas, abgefackelte Dönerläden und Jagd auf AusländerInnen, wie erst wieder vor einer Woche in Magdeburg, auf der Tagesordnung. Und somit bilden sich dann, durch das Zusammenspiel von aktiven Nazis, Mitläufern und schweigender Mehrheit immer mehr zwar unorganisierte, aber nicht minder bedenkliche "national befreite Zonen" heraus.

AFB Ruhrgebiet

PLATTFORM DES ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES (A F B)

A. Faschistische Organisationen in Deutschland und Europa - eine Gefahr für uns alle

In Deutschland wie in den meisten anderen europäischen Ländern gibt es Organisationen, die sich in der Tradition des deutschen Faschismus bewegen. Zwar distanzieren sie sich nach außen mehr oder weniger von den Verbrechen des NS-Systems, stellen aber in ihren gemeinsamen Grundüberzeugungen eine europäische faschistische Bewegung dar, die nach wie vor völkisches Denken, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit praktiziert und antidemokratische Ziele anstrebt.

Sie mobilisieren einerseits Hass und Gewalt gegen Fremde und Andersdenkende, versuchen andererseits, demokratische Rechte wie Wahlrecht- und Demonstrationsrecht auszunutzen, mit dem Ziel, diese zu beseitigen, wenn sie an die Macht gekommen sind.

In Frankreich mit dem Front National und in Österreich mit der FPÖ haben faschistische Organisationen inzwischen eine so starke Anhängerschaft, dass sie die Rechtsentwicklung in diesen Ländern maßgeblich vorantreiben.

In Deutschland können faschistische Parteien wie NPD, DVU und "Republikaner" zwar noch keine derart starke Anhängerschaft mobilisieren, aber ihre Erfolge bei Landtags- und Kommunalwahlen in den letzten Jahren sind bedrohlich.

Ihre aktuelle Schwäche besteht darin, dass sie sich noch nicht auf ein einheitliches "nationales" Partei-Konzept einigen konnten.

Ihre Schwäche besteht außerdem darin, dass sie noch kein inhaltlich "modernes" Faschismus-Konzept entwickeln konnten - immer wieder kommt es bei ihnen zum Streit zwischen traditionellen "Hitler-Anhängern", "national-revolutionären" und "national-demokratischen" Strömungen.

Die Zunahme faschistischer Auffassungen in ganz Europa hat eine wesentliche Ursache in der seit Jahren betriebenen "Ausländer"-Politik in allen europäischen Ländern. Mit dem Schengener Abkommen haben die europäischen Staaten festgelegt, dass die Grenzen gegenüber Flüchtlingen aus Ländern der 3. Welt dichtgemacht werden. Mit der weitgehenden Beseitigung des Rechts auf politisches Asyl wurden demokratische Grundrechte beseitigt und eine rassistische Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung gesät, die von faschistischen Organisationen dankbar aufgegriffen wird.

Faschistische Organisationen können sich heutzutage in Deutschland, vor allem in den neuen Bundesländern, oft als "Vollstrecker" des "gesunden Volksempfindens" verstehen, wenn sie tagtäglich gewaltsame und oft tödliche Angriffe auf Flüchtlinge, Asylbewerber oder bloß nicht-deutsch aussehende Menschen unternehmen.

Faschisten gewinnen für solche Terroranschläge in erster Linie junge Männer, deren Gewalt und Hass sich oft aus einer als perspektivlos empfundenen gesellschaftlichen Situation entwickelt und gefördert wird von einer in der Mitte unserer Gesellschaft vorhandenen rassistischen Inhumanität.

Da Staat, Behörden und Polizei dieser alltäglichen rassistischen und faschistischen Gewalt oft tatenlos gegenüberstehen, anti-faschistische Gegenwehr aber kriminalisieren, fühlen sich die Faschisten im Aufwind.

In ihrer Propaganda benutzen sie die gleichen Lügen, mit denen schon Hitler seine Anhängerschaft mobilisierte: Es geht angeblich gegen "die da oben", gegen die "Bonzen" und "Großkapitalisten", gegen die "korrupten" und "dekadenten" Politiker.

Dass sie mit diesen alten Lügen immer noch Menschen auf ihre Seite ziehen können, liegt zum einen daran, dass eine wirklich demokratische Gesellschaft in Deutschland nach dem Faschismus - im Osten wie im Westen - nicht entstanden ist.

Zum anderen hat der schleichende Abbau von demokratischen Rechten in den europäischen Ländern eine Grundeinstellung befördert, die erneut Herrschaft über Schwache, Ausgrenzung alles "Bedrohlichen" und "Fremden" und offene Diktatur als erstrebenswerte Ziele ansieht.

Diesen Entwicklungen muss eine gemeinsame europäische Demokratiebewegung "von unten", die sich nicht auf Staat, Parteien und Regierungen verläßt, wirksam entgegentreten.

B. Konzepte und Aktionsformen der faschistischen Formierung in Deutschland

Dass das Eintreten der Faschisten für die "sozial Schwachen" eine plumpe Propaganda-Lüge ist, beweisen vor allem ihre Taten:

Ihre tagtäglichen Gewaltaktionen richten sich an keinem Punkt gegen Reiche oder gesellschaftlich Mächtige, sondern immer gegen die Schwächsten und am meisten Benachteiligten. Ihre rassistische Gewalt zielt in erster Linie auf alles "Ausländische" und "Fremde", aber auch gegen diejenigen Gruppen, die gesellschaftlich am wenigsten unterstützt werden wie Rentner, Arbeitslose, Kranke oder Flüchtlinge.

Ausländerinnen und Ausländer sind nicht freiwillig nach

Deutschland gekommen, sondern weil die Situation in ihren Heimatländern für sie oft unerträglich und lebensbedrohend ist. Die Faschisten greifen in ihren "Argumenten" die in der gesamten Gesellschaft weit verbreitete Lüge auf, dass die meisten Fremden "Sozialschmarotzer" seien, die dem "deutschen Steuerzahler" auf der Tasche liegen und für Arbeitslosigkeit und staatlichen Sozialabbau verantwortlich sind.

Sie leugnen die Tatsache, dass die große Mehrzahl der "Fremden" seit über 20 Jahren in Deutschland lebt, arbeitet und Steuern zahlt. Die meisten von ihnen sind längst Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geworden.

Sie leugnen die Tatsache, dass die große Mehrzahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden aus Ländern kommen, in denen ihnen die grundlegenden Menschenrechte vorenthalten werden oder die von jahrelangen Kriegsgräueln heimgesucht werden.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Grundgesetz - die Faschisten sprechen Fremden das Recht auf Menschenwürde, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und jegliches demokratische Recht ab - sich selber sprechen sie das Recht zu, Fremde zu verfolgen, zusammenzuschlagen und zu töten. Sie fühlen sich bestätigt durch eine nach der "Wiedervereinigung" einsetzende neue "deutsche Politik", in der "deutsche Interessen" wieder in aller Welt auch militärisch durchgesetzt werden, in der ein neuer "nationaler Geist" die Grundlage gesellschaftlichen Handelns bestimmen soll. Die "Nation als Schicksalsgemeinschaft" ist das theoretische Grundkonzept, das eine pluralistische Gesellschaft mit Bürgerrechten für alle hier arbeitenden und lebenden Menschen ersetzen soll. Die Gefährlichkeit der aktuellen faschistischen Formierung liegt auch, aber nicht in erster Linie, in seinem ver-

nichtenden Gewaltpotential; eine größere Gefahr besteht darin, dass seine Entwicklung und seine Aktionsformen auf der Grundlage eines neuen "nationalen Konsenses" von Staat, Regierung und großen Teilen der Gesellschaft toleriert werden. Gegenmaßnahmen wie staatliche "Aufklärung", "akzeptierende Jugendarbeit" oder "Runde Tische gegen rechts" sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht verbunden sind mit einem konsequenten Verbot faschistischer Formierung und einer staatlichen und gesellschaftlichen Unterstützung antifaschistischer Konzepte und Organisationen.

Solange Regierung, Staat und Polizei festhalten an Repression gegenüber antifaschistischer Tätigkeit auf der einen und Tolerierung faschistischer Formierung auf der anderen Seite, kann sich die faschistische Formierung weiter entfalten. Um dies zu verhindern, muss auch in Deutschland eine breite antifaschistisch-demokratische Bewegung entstehen, in der unterschiedlichste politische Kräfte in allen Bereichen zusammenarbeiten. Der AFB sucht die Zusammenarbeit mit allen Menschen und Organisationen, die das Erstarken einer faschistischen Formierung verhindern wollen - unabhängig davon, welche Unterschiede in anderen politischen Fragen bestehen.

C. Unsere Ziele

Der Antifaschistische Bund (AFB) wendet sich gegen Rassismus, Faschismus und Imperialismus und tritt ein für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker.

In dieser Zielsetzung haben wir gemeinsame Interessen mit der antifaschistischen Bewegung in Deutschland, Europa und überall auf der Welt, wie streben die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen, antimilitaristischen Gruppen und Organisationen der Friedensbewegung an.

Der AFB ist Teil der Antifa-Bewegung: Wir unterstützen alle Initiativen, Faschisten die Möglichkeit öffentlichen Auftretens zu entziehen.

Wir unterstützen Recherche- und Untersuchungstätigkeit über faschistische Organisationen und ihre Netzwerke.

Wir unterstützen die Tätigkeit ehemals Verfolgter des Nazi-Regimes, die ihre Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen weitergeben.

Wir unterstützen die internationale Zusammenarbeit anti-faschistischer Initiativen und Organisationen.

Um der aktuellen faschistischen Formierung wirksam entgegenzutreten, müssen wir auf allen Gebieten aktiv werden, auf denen Faschisten ihre Anhängerschaft zu gewinnen versuchen.

Dies gilt vor allem für ihre Tätigkeit unter Jugendlichen, ihre kulturelle, soziale und theoretische Aktivität.

Unter Jugendlichen wächst die Bereitschaft, den Faschisten aktiv entgegenzutreten.

Allerdings gibt es auch, insbesondere in den östlichen Bundesländern, eine Bewegung unter Jugendlichen, die Rassismus und rechte Gewalt akzeptiert, um politischen Einfluss in Deutschland zu erlangen.

Die rassistische Gewalt geht nicht in erster Linie von den Arbeitslosen und gesellschaftlich Deklassierten aus, wie es häufig behauptet wird, sondern häufig von Jugendlichen, die zwar keine soziale Not leiden, denen aber gesellschaftlicher Aufstieg und gesellschaftliche "Macht" verwehrt bleibt.

In den meisten europäischen Ländern haben die traditionellen "Volksparteien" ihre gesellschaftliche "Integrationskraft" unter Jugendlichen stark eingebüßt - nationalistische Konzepte versuchen, hier anzuknüpfen und unter Jugendlichen Visionen

eines neuen "Aufbruchs" zu wecken.

Der AFB setzt diesen Konzepten die Vision einer solidarischen, internationalen und demokratischen Jugendbewegung entgegen: Jugendliche aus Diyarbakir in Kurdistan, aus Greifswald in Brandenburg, aus Lublin in Polen oder aus Dortmund im Ruhrgebiet haben vieles gemeinsam, können von einander lernen und ihre Erfahrungen austauschen.

Der faschistische Versuch, das gemeinsame Interesse "deutscher Jugendlicher" an "deutscher Kultur" zu formulieren, beschränkt sich auf germanische

Heldenmythen, auf hartes, soldatisches "Pflichtbewusstsein" und Opferwillen.

Militarismus und gewaltsames Durchsetzen eigener Interessen nehmen auch in anderen Teilen der Gesellschaft zu. Zwar ist das Verbreiten von Kriegsspielzeug, militärischer Kleidung und Kurzhaarschnitten nicht gleichzusetzen mit faschistischen Grundeinstellungen, bildet aber auf dem Hintergrund von NATO-Kriegseinsätzen als "Normalfällen" einen gefährlichen Boden, auf welchem rechte Vorstellungen weit verbreitet sind.

Der AFB setzt sich dafür ein, dass eine neue antimilitaristische Friedensbewegung entsteht, die sich den NATO-Ansprüchen massiv entgegenstellt, unter welchem Vorwand auch immer in aller Welt gegen Staaten und Völker Krieg zu führen. Menschenrechte und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind unverzichtbare Grundlage einer solchen Bewegung.

Die weit verbreitete Unzufriedenheit über Massenarbeitslosigkeit und staatlichen Sozialabbau versuchen Faschisten aufzugreifen. Sie tun dies, indem sie versuchen, Deutsche gegen Fremde, Männer gegen Frauen, Junge gegen Rentner und Alte, Arbeitslose gegen (noch) Beschäftigte, körperlich Gesunde ge-

gen "Behinderte" aufzuhetzen.

Der AFB setzt dagegen die breite Solidarität der Schwachen und Ausgegrenzten, der Arbeitslosen, der Flüchtlinge, der Asylbewerber, die internationale Solidarität all derer, denen die grundlegenden Menschenrechte nicht zuerkannt werden.

Das Gerede der Faschisten von einer "kameradschaftlichen Gemeinschaft" ist eine weitere Propaganda-Lüge. Ihr "gemeinschaftliches" Konzept zielt darauf ab, gewalttätige "Ordnungstrupps" zu etablieren, die angesichts einer angeblichen staatlichen Ohnmacht gegenüber "kriminellen Ausländern", Drogenhändlern und Gewalt an Kindern zu "Rache" und "Selbstjustiz" auffordern.

Auch dieses antidemokratische Konzept findet seine gesellschaftliche Parallele in der zunehmenden Zahl "privater Sicherheitstrupps", die sich polizeiliche Funktionen anmaßen und staatlich akzeptiert und unterstützt werden.

Die faschistische Formierung findet Unterstützung und wesentliche Bestätigung in einem staatlich betriebenen Demokratieabbau, in behördlicher Willkür, in antidemokratischen Entwicklungen bei Polizei und Bundeswehr.

Der AFB stellt dem als Alternative gesellschaftliches Eingreifen und couragiertes Engagement in sozialen, kulturellen und Bürgerrechtsinitiativen entgegen. Abbau demokratischer Rechte, polizeiliche und juristische Willkür und eine weitere Rechtsentwicklung sind keine "Naturnotwendigkeit". Breiter gesellschaftlicher "Druck von unten" kann dieser Entwicklung entgegentreten, sie aufhalten und eine Wende in Richtung einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft einleiten.

Organisiere Dich im Antifaschistischen Bund (A F B)

DER TÜRKISCHE STAAT IST NICHT REFORMIERBAR

Westliche "Demokratien" stützen ein Regime
von Mördern und Totschlägern

In der Nacht vom 25. auf den 26. September ermordeten türkische "Spezial"einheiten 11 politische Häftlinge. Damit hat die Türkei erneut vor der Weltöffentlichkeit gezeigt, was von ihrem "Demokratie"gerede, von "Amnestie"- und "Reue"gesetzen zu halten ist - gar nichts. Seit Jahren ist die Behandlung der zehntausender politischer Gefangener in den türkischen Gefängnissen durch blutigen Terror seitens der "Sicherheits"kräfte gekennzeichnet, seit Jahren wehren sich die Gefangenen mit unterschiedlichen Mitteln gegen diesen Terror.

Der türkische Staat behandelte die politischen Gefangenen immer wie Kriegsgegner - in seinem Krieg gegen die demokratischen Kräfte in der Türkei. Allerdings gestand er ihnen zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Rechte zu, sie waren und sind für ihn bloße Verhandlungsmasse, Geiseln, die beliebig gefoltert, verprügelt,

verschoben, getötet werden, denen keinerlei juristische Unterstützung zukommt, denen nach Belieben die Ernährung oder die medizinische Versorgung entzogen werden kann.

Die politischen Gefangenen sind nur in ihrer Minderzahl Kurden, in ihrer Mehrzahl sind es türkische Linke, Demokraten, Menschenrechtler, Angehörige unterschiedlicher revolutionärer türkischer Organisationen.

Die Behandlung der politischen Gefangenen in der Türkei ist Spiegelbild der Behandlung der



demokratischen Kräfte in der Türkei. Ihre Vertreter existieren für die Türkei nicht, im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit werden sie ebenfalls kaum registriert - es sei denn, es handelt sich um weltbekannte Personen wie Akin Birdal oder Ismail Besiki.

Die Ereignisse des 26. September
Spezialeinheiten der "Jandarma" ermordeten im Ulucer-Gefängnis von Ankara elf Häftlinge und verletzten mehr als achtzig Gefangene, teilweise schwer.

In der offiziellen Erklärung heißt es, eine Durchsuchungsaktion sei auf bewaffneten Widerstand gestoßen, als sie einen von Gefangenen gegrabenen Tunnel entdeckt hätten.

Dies ist eine blanke Lüge. Zwar war vor schon drei Monaten ein Tunnel entdeckt worden, die durchgeführte Aktion hatte aber in Wirk-

lichkeit zum Ziel, einen Teil der politischen Gefangenen in andere Gefängnisse in Einzelhaft zu verlegen, um sie von den übrigen Gefangenen zu isolieren. Die Morde wurden geplant und richteten sich eindeutig gegen bestimmte Personen. So heißt es in einer Presseerklärung der Anwälte von Angehörigen der Ermordeten zu den Ereignissen:

"Sie haben mit der Operation um 4 Uhr morgens begonnen. Die Gefangenen wurden weder vorgewarnt noch gab es irgendwelche Aufforderungen an

sie. Die Operation war genau geplant, auch wer dabei getötet und wer in welches Gefängnis zwangsverlegt werden sollte. Zuerst wurden Löcher in das Dach des Gefängnisses gerissen, durch die Handgranaten und Gasbomben geworfen und Schaum eingespritzt wurde. Von den Wachtürmen aus wurde auf die Gefangenen geschossen. Die Gefangenen begannen zum Zweck der Selbstverteidigung Barrikaden zu errichten. Kräfte eines Spezialteams gingen rein, schlugen die Gefangenen mit Eisenstangen, Knüppeln und Waffen. Danach schleppten Soldaten vier Häftlinge gewaltsam von den anderen weg und brachten sie ins Bad, wo sie sie nackt auszogen und folterten. An den Folterungen an diesen bewusst ausgewählten vier Gefangenen waren die Gefängnisdirektoren und ein Schließer beteiligt. Nach achtstündiger Folter wurden die vier erschossen. Die anderen Gefangenen ver-

ließen zwischen 10.30 und 12 Uhr die Zellen. Dabei schlugen die Soldaten mit Eisenstangen und Knüppeln auf sie ein. Vier weitere erlitten tödliche Verletzungen. Zahlreichen Gefangenen mit Schusswunden wird nach wie vor die medizinische Behandlung verweigert. Ärzte, die die in Krankenhäuser verlegten Verletzten behandeln wollten, wurden von den Bewachern daran gehindert."

Auch die angeblich gefundenen Waffen sind eine Lüge. In Wirklichkeit wurden allein ein paar Holzgewehre beschlagnahmt, die von Gefangenen mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft für ein Theaterstück angefertigt wurden.

Nach Bekanntwerden dieser Morde wurden in neun weiteren Gefängnissen der Türkei insgesamt 114 Gefängniswärter von Gefangenen als Geiseln genommen. Protestdemonstrationen außerhalb der Gefängnisse wurden mit Gewalt aufgelöst, mehr

als 130 Leute verhaftet, unter ihnen Angehörige, Anwälte und zahlreiche Mitglieder des Menschenrechtsvereins IHD. Das Büro des IHD wurde von Polizeieinheiten überfallen und mehr als zwei Stunden besetzt gehalten.

Nach etwa einer Woche wurde der Aufstand der Gefangenen unter Einschaltung neutraler Vermittler beendet, nachdem der Staat die Zusicherung abgegeben hatte, das eine gerichtliche Untersuchung des Massakers stattfinden solle.

Was von derartigen Zusagen zu halten ist, zeigt die Geschichte der vergangenen Jahre: auch nach zahlreichen Hungerstreik- und Todesfastenaktionen hatte der Staat zugesichert, keine Gefangenen zu verlegen. Seine Zusagen sind allerdings das Papier nicht wert, auf dem sie meist gar nicht stehen.

Bülent Ulurak
(Internationaler
Freundschaftsverein)

Anzeigen

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonne und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstalltionen
Elektroinstalltionen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge
Postfach 1606 24, 60069 Frankfurt/M., Telefon (069) 23 06 88, Telefax (069) 23 06 50
internet: <http://www.proasyl.de>, e-mail: proasyl@proasyl.de
Spendenkonto-Nr. 8047300, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00

Zehn Gedichte und
zehn Zeichnungen
aus dem Gefängnis

von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.

Postfach 6444

24125 Kiel

Telefon und Fax: (0431) 7 51 41



**DIE
ROTE
HILFE**

**STOPPT DEN STAATSTERROR
IN DER TÜRKEI !**

Staat und Regierung - eine Mörderbande

Am 2. September 1999 veranstaltete der Internationale Freundschaftsverein (IFV) in Recklinghausen eine Protestkundgebung gegen die staatlichen Morde in den türkischen Gefängnissen. Ismail Sakar hielt für den Verein folgenden Beitrag:

"In der Nacht vom Sonntag auf Montag hat der faschistische türkische Staat ein weiteres Kapitel in seiner blutigen Geschichte geschrieben: 11 politische Gefangene wurden im Ulucanlar-Gefängnis von Ankara von "Sicherheitskräften" erschossen. Der Staat hatte sogar vor den Leichen noch Angst: Ihnen wurden die Ohren abgeschnitten und die Köpfe zerschlagen. Der türkische Staat und seine Regierung sind eine Bande aus Mördern, denen das Leben seiner Bürger keinen Pfifferling wert ist.

Zu den Hintergründen:

Über hunderttausend politische Gefangene kämpfen in den Gefängnissen der Türkei seit Jahren um die minimalsten Menschenrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, medizinische Grundversorgung, Gruppenzellen und regelmäßige Besuchserlaubnis ihrer Angehörigen.

Immer wieder hat der türkische Staat Blutbäder unter den Gefangenen angerichtet.

Für das aktuelle Massaker diente als Anlass, dass sich die Gefangenen weigerten, in neue Gefängnisse vom sogenannten F-Typ verlegt zu werden, in denen sie in Isolierhaft eingekerkert werden sollen.

Zum Verlauf der Auseinandersetzungen:

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Morde haben die politischen Gefangenen in vielen Gefängnissen der Türkei, so in Istanbul, Bartin, Gebze, Buca, Bergama, Cankiri, Canakkale und Bursa mit Protesten reagiert, in deren Verlauf 97 Gefängniswärter als Geiseln genommen wurden.

Die türkische Regierung "begründete" ihre Ak-



Ismail Sakar vom IFV

Foto: IFV

tionen mit angeblich gefundenen Waffen oder dem Gerücht von einem geplanten Ausbruchversuch.

Der tatsächliche Hintergrund der Morde ist der Versuch, die politischen Gefangenen als "Gewaltkriminelle" abzustempeln, für die die angekündigte Amnestie natürlich nicht in Frage kommt.

Von dieser "Amnestie", die von Anfang an nur für Mafiabanden und sonstige Kriminelle geplant war, hatte sich der türkische Staat versprochen, vor der Weltöffentlichkeit sein "demokratisches Mäntelchen" zu vergrößern.

Mit diesen Morden hat er allerdings das Gegenteil erreicht und steht erneut als nackter Faschismus da.

**DER TÜRKISCHE FASCHISMUS MUSS
WELTWEIT GEÄCHTET WERDEN !
DIE BUNDESREGIERUNG MUSS
JEDLICHEN KONTAKT ZU DIESER
MÖRDERBANDE BEENDEN !**

**Ismail Sakar, Internationaler
Freundschaftsverein (I F V)**

OSTTIMOR UND DER WESTEN

Unversöhnliche Erinnerung

Am 30. August 1999 stimmten 78,5 Prozent der Osttimoresen für die Unabhängigkeit. Seit der Annexion ihres Landes durch Indonesien im Dezember 1973 haben 200 000 Menschen ihre "Integration" in das Suharto-Imperium mit dem Leben bezahlt. Die internationale Gemeinschaft pflegte wegzusehen, bis Suharto im Gefolge der Wirtschaftskrise abtreten musste. Dann ließ sich Djakarta zwar auf ein Referendum ein, doch die Armee plante zugleich ein hartes Durchgreifen, falls Osttimor für die Unabhängigkeit stimmen sollte. Nach langem Zögern erreichten die Vereinten Nationen Indonesiens Zustimmung zur Entsendung einer UN-Truppe. Die australisch geführte Interfet traf am 20. September in Osttimor ein. Doch das Schicksal der 300 000 nach Westtimor geflohenen Menschen bleibt ebenso offen wie die Frage, ob es zu einem internationalen Tribunal gegen Indonesien kommen wird. Und es besteht weiterhin die Gefahr, dass die von Westtimor aus operierenden Milizen die Lage erneut zu destabilisieren versuchen.

Von NOAM CHOMSKY

Es fällt nicht leicht, mit gespielter Ruhe und Abgeklärtheit über die Entwicklung in Osttimor zu schreiben. Unser Empfinden von Schrecken und Scham wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass die dort stattfindenden Verbrechen nichts Neues sind und dass sie so leicht zu stoppen gewesen wären.

Das gilt schon seit dem Dezember 1975, seit der Invasion Indonesiens, das auf die diplomatische Unterstützung der USA setzen konnte: Unter dem Deckmantel eines offiziellen "Embargos" wurden sogar neue Waffen geliefert, deren Einsatz zwar illegal war, aber insgeheim gebilligt wurde.

Die Androhung von Bombenangriffen oder auch nur Sanktionen wäre gar nicht nötig gewesen. Die USA und ihre Verbündeten

hätten lediglich ihre aktive Beteiligung einstellen und ihren Vertrauten in der indonesischen Militärführung mitteilen müssen, dass die Gräueltaten zu beenden seien und dem Territorium Osttimors eben jenes Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren sei, das die Vereinten Nationen und der Internationale Gerichtshof ihm zugesprochen hatten.

Wir können die Vergangenheit nicht ungeschehen machen, aber wir sollten immerhin eingestehen, was wir getan haben. Und der moralischen Verantwortung nachkommen, zu retten, was noch zu retten ist, und im Übrigen umfassende Reparationen zu leisten - als höchst bescheidene Geste der Entschädigung für scheußliche Verbrechen.

Das neueste Kapitel dieser peinlichen Geschichte des Ver-

rats und des Mitschuldigwerdens begann unmittelbar nach dem Referendum des 30. August 1999, in dem die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmte. Sogleich ging die Zahl der Gräueltaten, organisiert und angeleitet vom indonesischen Militär (TNI), drastisch in die Höhe. Die UN-Mission (Unamet) gab in ihrem Bericht vom 11. September folgende Einschätzung der Lage: *"Die unmittelbare Verbindung zwischen Milizen und Militär steht außer jedem Zweifel und wurde von Unamet während der letzten vier Monate in erdrückender Deutlichkeit dokumentiert. Doch Ausmaß und Intensität der Verheerungen, die Osttimor während der vergangenen Woche erlebt hat, demonstrieren ein*

neues Niveau der offenen Beteiligung des Militärs an Operationen, die vormals eher verdeckt durchgeführt wurden."

Die Unamet warnte, "das Schlimmste dürfte erst noch bevorstehen. Es ist nicht auszuschließen, dass hier die ersten Phasen einer Völkermordaktion ablaufen, mit der das Problem Osttimor gewaltsam aus der Welt geschafft werden soll."

Der indonesische Historiker John Roosa gab in der *New York Times* folgende nüchterne Einschätzung der Lage: "Da das Pogrom vorauszusehen war, hätte man es leicht verhindern können. Aber in den Wochen vor der Abstimmung weigerte sich die Clinton-Regierung, mit Australien und anderen Ländern über eine internationale Truppe zu diskutieren. Selbst nach dem Ausbruch der Gewalt zögerte die Regierung noch mehrere Tage lang", bis sie sich unter internationalem (vor allem australischem) und innenpolitischem Druck zu ein paar zaghaften Gesten aufraffte. Schon das reichte aus, um die indonesischen Generäle zu veranlassen, die internationale Friedenstruppe zu akzeptieren. Ein anschaulicher Beleg für die latente Macht, die schon immer einsetzbar gewesen wäre. Und für die Tatsache, dass die Vereinten Nationen ohne die Zustimmung und Initiative Washingtons nichts unternehmen können.

Während Clinton "zauderte", wurden nach UN-Schätzungen fast fünfzig Prozent der Bevölkerung aus ihren Wohnungen vertrieben und tausende ermordet. Die US-Luftwaffe, die in Jugo-

slawien zivile Ziele punktgenau vernichten konnte, sah sich außerstande, Nahrungsmittel für hungernde Menschen abzuwerfen, die vom Terror der indonesischen Streitkräfte in die Berge getrieben wurden - von Truppen also, die von den USA und ihren Verbündeten ausgerüstet und ausgebildet werden.

Das alles löst bittere Erinnerungen an die Ereignisse vor 20 Jahren aus. Nach dem umfassenden Gemetzel von 1977/78 - unter entscheidender Beihilfe der Carter-Regierung - glaubte Indonesien, einigen Diplomaten, darunter US-Botschafter Edward Masters, einen kurzen Besuch in Osttimor gestatten zu können. Die Delegation erkannte sofort die ungeheure Dimension der humanitären Katastrophe. Was folgte, schildert Benedict Anderson, renommierte akademische Indonesien-Expertin, vor einem UN-Ausschuss: Neun lange Monate von Hunger und Terror sah Botschafter Masters bewusst davon ab, "selbst innerhalb des Außenministeriums auf humanitäre Hilfe für Osttimor zu dringen".

Er wartete vielmehr ab, "bis ihm die Generäle in Djakarta grünes Licht gaben", sich also "sicher genug fühlten, ausländische Besucher zuzulassen", wie es ein interner Bericht des US-Außenministeriums formulierte. Erst dann begann man in Washington zu überlegen, welche Konsequenzen sich aus dem eigenen Handeln ergeben.

In Osttimor läuft stets dasselbe Geschehen ab. Ein schauerliches Beispiel war bereits der Staatsstreich, der 1965 General Suharto an die Macht brachte.

Den Massakern der Armee, die binnen weniger Monate hunderttausende abschlachtete, fielen in erster Linie landlose Bauern zum Opfer.

Die politische Massenpartei der Lonken, die PKI, war damit vernichtet. Der Westen reagierte mit ungehemmter Begeisterung und einhelligem Lob für die "gemäßigten Kräfte" Indonesiens - also für Suharto und seine Komplizen in der Armee, die ihre Gesellschaft gesäubert und der Ausplünderung durch das Ausland Tür und Tor geöffnet hatten. Verteidigungsminister Robert McNamara eröffnete dem Kongress, die militärische Hilfe und Ausbildung durch die USA habe "sich ausgezahlt"; in einem Kongressbericht war die Rede von "enormen Dividenden". McNamara teilte Präsident Johnson mit, die US-Militärhilfe habe die indonesische Armee "ermutigt, gegen die PKI vorzugehen, sobald sich die Gelegenheit bot". Die Programme für indonesische Offiziere hätten dazu beigetragen, "die neue politische Elite Indonesiens (der Armee) in ihrer wohlwollenden Haltung zu bestärken." Und so ging es 35 Jahre weiter, mit Rüstungslieferungen, Ausbildungshilfe und Informationsaustausch - bis zu den "humanitären Manövern" im August 1999.

Während die indonesischen Streitkräfte und ihre paramilitärischen Helfer im September 1999 mordend und plündernd die Hauptstadt Dili niederbrannten, verlautbarte das Pentagon, "ein US-indonesisches Manöver mit dem Schwerpunkt auf humanitärer und Katastrophenhilfe" sei am 25. August zu

Ende gegangen, also fünf Tage vor dem Referendum.

Einige Monate - kurz zuvor waren in Liquica Dutzende von Flüchtlingen in einer Kirche massakriert worden - sagte Admiral Dennis Blair, der US-Oberbefehlshaber für die pazifische Region, dem indonesischen Oberkommandierenden General Wiranto die Unterstützung der USA zu und schlug ein neues US-Ausbildungsprojekt vor.

Seit 1975 hat Washington an Indonesien Waffen im Wert von

gramme in Indonesien und in aller Welt.

Die Gründe für diese schändliche Bilanz werden manchmal sogar ehrlich ausgesprochen.

Während der jüngsten Gräueltat hat ein Diplomat in Djakarta "das Dilemma" der Großmächte auf die Formel gebracht:

"Indonesien ist wichtig und Osttimor nicht." Das erklärt, warum Washington stets dieselben folgenlosen Missbilligungsgesten macht und zugleich betont, die innere Sicherheit Osttimors liege

wahrgenommen hatte.

Das Kalkül des zitierten Diplomaten wurde unlängst in der *New York Times* von zwei Asien-Experten noch klarer formuliert: Die Kalkulation der Clinton-Regierung beruhe darauf, "dass die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu Indonesien, einer rohstoffreichen Nation von über 200 Millionen Einwohnern, höher bewerten müsse als die Sorge um das politische Schicksal Osttimors, eines winzigen, verarmten, nach Unabhängigkeit



Indonesischer Terror auf Osttimor

Foto: taz

über 1 Milliarde Dollar geliefert. Und die US-Regierung rühmt auch heute wieder "den Wert jahrelanger Ausbildung für Indonesiens künftige Militärführung in den USA und die Millionen Dollar an Militärhilfe für Indonesien" und drängt auf die Weiterführung solcher Pro-

"in der Verantwortung der Regierung Indonesiens, und wir wollen ihr diese Verantwortung nicht abnehmen". So lautete die offizielle Stellungnahme nur wenige Tage vor dem August-Referendum - in voller Kenntnis der Methoden, mit denen Indonesien diese "Verantwortung"

strebenden Territoriums von 800 000 Einwohnern." In dem Artikel wird auch Douglas Paul zitiert, der Präsident des *Asia Pacific Policy Center*: "Timor ist ein Verkehrshindernis auf der Straße, die zu Verhandlungen mit Djakarta führt, und das müssen wir unbeschädigt über-

winden. Indonesien ist ein großes, für die Stabilität der ganzen Region entscheidendes Land." "Stabilität" ist seit langem das Schlüsselwort, und es steht eigentlich für "wohlwollende Orientierung der politischen Elite" - und zwar wohlwollend gegenüber ausländischen Investoren und globalen Mangern.

Das offizielle Washington bekennet, man sei "an Osttimor absolut nicht interessiert". Neuerdings hat allerdings der intensive Druck der Australier dieses Kalkül revidiert:

"Wir haben dort einen sehr großen Hund namens Australien im Rennen, und den müssen wir unterstützen", bilanzierte ein höherer Regierungsvertreter.

Die Verantwortlichen für die indonesische Invasion von 1975 hatten die US-amerikanischen Leitlinien sehr wohl verstanden. Die formulierte im Nachhinein der UN-Botschafter Patrick Moynihan; und jeder, der sich ernsthaft für internationale Politik, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit interessiert, sollte sich diese Sätze tief in sein Gedächtnis einschreiben.

Der Sicherheitsrat verurteilte damals die Invasion und forderte Indonesien zum Rückzug auf. Warum das folgenlos blieb, hat Moynihan in seinen 1978 erschienenen Memoiren erläutert:

"Die Vereinigten Staaten wollten die Entwicklung der Dinge genau so, wie sie dann eingetreten ist, und sie arbeiteten gezielt darauf hin. Das Außenministerium wünschte, dass sich alle Maßnahmen der Vereinten Nationen als völlig ineffektiv erwiesen. Die Aufgabe wurde mir

übertragen, und ich habe sie mit nicht unbeträchtlichem Erfolg bewältigt."

Der Erfolg war fürwahr beträchtlich. Moynihan zitiert Berichte, wonach innerhalb zweier Monate etwa sechzigtausend Menschen ums Leben kamen, also "zehn Prozent der Bevölkerung, ein fast ebenso hoher Prozentsatz wie in der Sowjetunion während des zweiten Weltkriegs". Erfolgreich war Moynihan auch insofern, als binnen eines Jahres "das Thema aus der Presse verschwand".

Während Moynihan 1977/78 an seinen Memoiren schrieb, erreichten die Gräueltaten ihren Höhepunkt. Gestützt auf neue, modernste Waffensysteme, die ihnen die "Regierung der Menschenrechte" lieferte, begannen die indonesischen Militärs eine vernichtende Offensive gegen hunderttausende Osttimoresen, die in die Berge geflohen waren. Damals versuchten glaubwürdige Kirchenvertreter in Osttimor, die geschätzte Zahl von 200 000 Toten zu verbreiten, die jahrelang geleugnet wurde und erst Jahre später als realistisch anerkannt wurde.

Als das Gemetzel die Dimension eines Völkermords anzunehmen drohte, leisteten auch Großbritannien und Frankreich - und andere Mächte - ihren Beitrag, mit Waffenlieferungen und diplomatischer Unterstützung.

Aus dem Versteck zu den Wahlurnen

Das Jahr 1999 brachte zunächst einen Moment der Hoffnung. Der indonesische Interimspräsident Habibie forderte ein Referendum, bei dem es die Wahl

zwischen einer Angliederung an Indonesien ("Autonomie") und der Unabhängigkeit geben sollte. Die Armee griff sofort ein, um mittels Terror und Einschüchterung eine Option für die Unabhängigkeit zu verhindern. In den Monaten vor dem August-Referendum wurde nach glaubwürdigen Kirchenquellen 3 000 bis 5 000 Menschen umgebracht. Das wären doppelt so viele Tote wie im Kosovo in der Periode vor den NATO-Bombenangriffen und sogar viermal so viel, wenn man es in Relation zur Gesamtbevölkerung setzt. Der Terror war umfassend und sadistisch und sollte warnend darauf hinweisen, was jeden erwartete, der den Befehlen der Besatzungsarmee zu trotzen wagte.

Dennoch ging fast die gesamte Bevölkerung zu den Urnen, viele verließen deswegen sogar ihre Verstecke. Nahezu achtzig Prozent stimmten für die Unabhängigkeit.

Das provozierte die letzte Phase der Gräueltaten:

Die indonesische Armee versuchte mit Massakern und Vertreibungen das Ergebnis umzukehren, dabei wurde ein großer Teil des Landes verwüstet. Innerhalb von zwei Wochen dürften über 10 000 Menschen umgebracht worden sein, schätzt Bischof Carlos Filipe Belo, der Nobelpreisträger, der vor Gewehrsalven aus seinem Land flüchten musste und erst unter dem Schutz der UN-Truppe am 5. Oktober wieder zurückkehren konnte.

Schon vor Habibies überraschender Referendumsidee hatte die indonesische Armee

sich auf den Fall vorbereitet, dass ihre Herrschaft - einschließlich ihrer Kontrolle über die Ressourcen Osttimors - bedroht sein könnte. Sie hatte Pläne vorbereitet, die darauf zielten, *"schlicht und einfach eine Nation zu vernichten"*. Von diesen Plänen hatten westliche Nachrichtendienste von Anfang an Kenntnis. Die TNI rekrutierte tausende Westtimoresen und ließ Truppen aus Java heranzuführen. Noch bedrohlicher wirkte die Ankunft der gefürchteten, in den USA ausgebildeten Kopassus-Spezialeinheiten des General Makarim, eines von der CIA ausgebildeten Geheimdienstspezialisten, der sich bei früheren Einsätzen in Osttimor den *"Ruf fühler Gewalttätigkeit"* erworben hatte.

Für den Terror und die Zerstörung, die alsbald begannen, waren TNI-Truppen verantwortlich, die man im Westen mit der fragwürdigen Bezeichnung *"vagabundierende Elemente"* belegte. Es gibt gute Gründe, wie Bischof Belo die direkte Verantwortung für diese Milizen beim kommandierenden General Wiranto in Djakarta zu sehen. Sie unterstanden offenbar der Aufsicht von Kopassus-Einheiten, jener *"Elitetruppen"*, von denen der erfahrene Asien-Korrespondent David Jenkins berichtet, sie hätten *"regelmäßig Übungen mit US- und australischen Streitkräften abgehalten, bis ihr Auftreten ihren ausländischen Freunden zu peinlich wurde"*.

Benedict Anderson berichtet, die *"wegen ihrer Grausamkeit berüchtigten"* Kopassus-Einheiten hätten gerade in Osti-

mor *"vielfältige Gräueltaten"* begangen, darunter systematische Vergewaltigungen, Folterungen und Hinrichtungen. Jenkins schreibt, die Kopassus operierten nach der Taktik des US-amerikanischen Phoenix-Programms (nach dem in Südvietnam zehntausende Bauern und ein Großteil der einheimischen südvietnamesischen Führung umgebracht worden waren). Laut Jenkins orientierten sie sich auch an den *"von den Contras in Nicaragua geübten Methoden"*, die diese von ihren CIA-Mentoren gelernt hatten. Diese staatlichen Terroristen jagten nicht etwa nur die *"radikalsten Verfechter der Unabhängigkeit"*, sondern mehr noch die *"gemäßigten Kräfte, Leute, die in ihren Gemeinden Einfluss haben"*.

Eine gut informierte Quelle in Djakarta behauptet: *"Das sieht ganz nach Methode Phoenix aus (...) alle und jeden zu terrorisieren - die Nichtregierungsorganisationen, das Rote Kreuz, die UN, die Journalisten"*.

Schon einige Zeit vor dem Referendum hatte der Kommandeur der indonesischen Truppen in Dili, Oberst Tono Suratman, vor den Folgen gewarnt: *"Sagen wir es ganz deutlich: Wenn die Pro-Unabhängigkeitskräfte siegen, wird alles zerstört werden. Das wird schlimmer als vor 23 Jahren"*.

Ein Dokument der Armee von Anfang Mai, als man gerade ein internationales Abkommen über das Referendum erzielt hatte, enthält die Anordnung, *"nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in allen Dörfern Massaker"*

anzurichten, falls die Verfechter der Unabhängigkeit siegen".

Die Unabhängigkeitsbewegung sei *"von der Führung bis zur Basis auszuschalten"*. Unter Berufung auf diplomatische, kirchliche und Milizquellen berichteten australische Zeitungen, *"dass hunderte moderne Sturmgewehre, Granaten und Granatwerfer in Magazinen lagern, um eingesetzt zu werden, falls die Option der Autonomie an den Wahlurnen abgelehnt wird."*

Die ganze schmutzige Geschichte ist vor dem Hintergrund der US-indonesischen Beziehungen seit 1945 zu betrachten. Die gewaltigen Ressourcen der Inselwelt und ihre entscheidende strategische Bedeutung sichern Indonesien eine zentrale Rolle in den globalen Plänen der Vereinigten Staaten.

Diese Faktoren erklären die Bemühungen der Vereinigten Staaten, Indonesien zu schwächen, als sich das Land vor vierzig Jahren als zu unabhängig und demokratisch erwies, und sogar die linke KPI mit ihrer bäuerlichen Massenbasis am politischen Leben teilhaben ließ. Dieselben Faktoren liegen der westlichen Unterstützung für das Regime der Mörder und Folterer zugrunde, die 1965 eine *"günstige Richtung"*.

Mittlerweile sollten wir bereit sein, die Mythologie zu verwerfen und den Gründen und Konsequenzen unserer Handlungen ins Auge zu blicken.

(aus: **Le Monde Diplomatique**, Oktober 1999)

Rettet das Leben von Mumia Abu Jamal!

„Manchmal befürchte ich, daß es einigen Leuten schwerfällt zu sehen, daß ich kein Symbol, sondern ein Mensch bin - mit Hoffnungen, Träumen und Ängsten.“ (Mumia Abu Jamal, zitiert nach JUNGLE WORLD, 20.10.1999)

Seit 1982 sitzt der ehemalige Aktivist der Black Panther Party und als Voice of the Voiceless (Stimme der Stimmlosen) bekannt gewordene afroamerikanische Journalist Mumia Abu Jamal wegen Mordes an einem Polizisten, den er nie begangen hat, im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle. Seine Hinrichtung ist 1995 dank einer empörten Öffentlichkeit auch in den USA verschoben worden. Aber er blieb in den Klauen der US-Justiz, denn einen Prozess, in dem auch er mit seinen Gegenbeweisen hätte Gehör finden können, hat man ihm bisher versagt. Mumia Abu Jamal, entschiedener Gegner der Todesstrafe, hat sich auch aus der Gefängniszelle wiederholt zu aktuellen politischen Vorgängen geäußert. Er hat beispielsweise den NATO-Überfall auf Jugoslawien scharf verurteilt. Aus der Todeszelle heraus hat er zwei Bücher veröffentlicht. Mumia Abu Jamal ist heute der „prominenteste“ Häftling in den USA und vielleicht der bekannteste weltweit. Auch wenn er ausdrücklich nicht für andere, sondern für sich selbst spricht, ist er inzwischen weltweit zu einem Symbol gegen die Todesstrafe geworden. Auch dies hat dazu beigetragen, dass sich der Hass der Law-and-Order-Fraktion in den USA auf ihn verstärkt hat und sie seine Hinrichtung zu einer Prestigeangelegenheit gemacht haben. Wenn es nach dem Willen der Hinrichtungsmaschinerie der USA ginge, würde er den 2. Dezember nicht überleben.

Der Gouverneur von Pennsylvania, **Tom Ridge**, hat am 13. Oktober erneut die staatlich abgesegnete Ermordung von Mumia Abu Jamal angeordnet. Er war unter anderem mit der Propaganda, endlich „in den Todestrakten aufzuräumen“, als Gouverneur von Pennsylvania wiedergewählt worden. Schon während seiner vorherigen Amtszeit hatte Ridge durch die Unterzeichnung von 171 Hinrichtungsbefehlen von sich reden gemacht. Ridge, ehemaliger Vietnamkämpfer, der im Ruf steht, am **Programm „Phoenix“** der US Army zur Liquidierung von rund 20.000 Vietnamesen beteiligt gewesen zu sein, löste mit dem erneuten Hinrichtungsbefehl ein Wahlversprechen als republikanischer Kandidat für das Amt des US-Vizepräsidenten ein, den kritischen schwarzen Journalisten schnellstmöglich töten zu lassen. O-Ton Ridge: „We will kill Jamal!“ Er hofft, mit der Hinrichtung politische Karriere machen zu können.

Als Termin für die Exekution mit einer Giftspritze hat Ridge den 2. Dezember 1999 festgesetzt. Er ordnete dies zwei Tage, nachdem das oberste Ver-

fassungsgericht der USA eine Petition von Abu Jamal um eine Neuaufnahme des Verfahrens abschlägig beschieden hatte, an. Der Anwalt von Abu Jamal, **Leonard Weinglass**, erklärte dazu: „Ridge hat es eilig mit der Hinrichtung, er will sie durchsetzen, ehe alle Beweise vorgelegt sind.“ (Weinglass, in den USA hochangesehener Anwalt für Bürger- und Menschenrechte, hat den Fall Mumia Abu Jamal in einem auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Freiheit für Mumia“ erschienenen Buch eingehend dokumentiert.) Der von Ridge 1995 erlassene erste Hinrichtungsbefehl musste nach weltweiten Protesten ausgesetzt werden. (Zu den Hintergründen und der bisherigen Entwicklung des Verfahrens vgl. auch AntifaZ Nr. 54, 55, 65, 74.)

Die USA sind ein Eldorado für die Hinrichtungsindustrie. In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurden dort über 500 Menschen exekutiert; wobei der Anteil der Schwarzen unter den Opfern überwiegt: Durch Giftspritzen starben 368 dieser „Delinquenten“, 139 auf dem elektrischen Stuhl, 11 in der Gaskammer, 3 durch den Strang, 2 durch

Erschießungskommandos. In den Todestrakten der US-Gefängnisse warten zur Zeit rund 3.500 Menschen darauf, von Staats wegen umgebracht zu werden. Einen fairen Prozess haben viele von ihnen, insbesondere wenn sie aus den Unterschichten kommen und ihre Hautfarbe schwarz ist, nicht gehabt.

Abu Jamals „Verbrechen“ ist politischer Natur. Er berichtete als Radioreporter über soziale Probleme von Minderheiten in den USA sowie über rassistische Brutalität und Übergriffe der Polizei von Philadelphia, so insbesondere über das Massaker der Polizei von Philadelphia an den Angehörigen der vorwiegend aus Schwarzen bestehenden Gruppe **MOVE**, die ein freies Leben unter Gleichen führen wollte und damit die puritanisch-kapitalistische Öffentlichkeit erregt hatte. Er zog sich dabei insbesondere den glühenden Hass der rechtsgerichteten Polizeibruderschaft **Fraternal Order of Police (FOP)** zu. Am 10. Dezember 1981 wurde Mumia Abu Jamal, der seinen Lebensunterhalt als Taxifahrer bestritt, telefonisch zu einem Ort gerufen, wo Polizisten auf offener Straße seinen Bruder **Billy Cook** zusammenschlugen. Er mischte sich ein und erhielt einen lebensgefährlichen Bauchschuss. Neben ihm starb der von vier Schüssen aus der (verschwundenen) Waffe eines unbekanntes Täters getroffene Polizist **Daniel Faulkner**, FOP-Mitglied. Die Waffe von Mumia Abu Jamal, die er als Taxifahrer brauchte, lag unbenutzt im Handschuhfach seines Fahrzeugs. Mumia Abu Jamal wurde sofort verhaftet, wegen Mordes angeklagt und, kaum von seiner schweren Verletzung halbwegs genesen, 1982 von einem Geschworenengericht zum Tode verurteilt.

Weder durch Zeugen noch durch Indizien konnte ihm der angebliche Polizistenmord nachgewiesen werden. Seine Entlastungszeugen wurden eingeschüchtert, Beweise seiner Unschuld vom Gericht unterschlagen. Richter **Albert Sabo**, der in der Öffentlichkeit durch rassistische Äußerungen gegen alle nichtweißen Amerikaner bekannt geworden ist, ist für über 30 Todesurteile verantwortlich. Sabo war, ehe er Richter wurde, 16 Jahre lang Hilfssheriff von Philadelphia und als solcher dem FOP beigetreten. Er war es auch, der über Abu Jamals Wiederaufnahmeantrag in erster Instanz zu entscheiden und diesen mit der heuchlerischen Begründung verworfen hatte, die Beweise für Jamals Unschuld hätten „im ursprünglichen Prozeß beigebracht“ werden müssen. Das danach angerufene oberste Verfassungsgericht der USA sah darin keinen Rechtsprechungsverstoß.

In der Bundesrepublik Deutschland haben bisher weder die Kohl- noch die Schröder-Regierung einen geharnischten Protest gegen den staatlich be-

triebenen politischen Mord auch nur in Erwägung gezogen, von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen die USA ganz zu schweigen.

Mumia Abu Jamal fasste seine Hoffnung in die Worte zusammen: „*Solidarität trägt mich vom Tod zum Leben.*“ Es bleibt nicht viel Zeit.

Auf der Frankfurter Buchmesse wurde nach Bekanntwerden des Hinrichtungsbefehls zu weltweiten Protestaktionen aufgerufen. Mehrere Verlage verteilten einen Aufruf, in dem es heißt: „*Mumia Abu Jamal, ehemaliger Black-Panther-Aktivist und in den USA als 'Stimme der Unterdrückten' bekannt gewordener Journalist, wird seit seinem 15. Lebensjahr wegen seiner antirassistischen Arbeit von FBI, Polizei und Justiz verfolgt. In einer Justizfarce wurde er 1982 wegen eines untergeschobenen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. (...) Wir, MitarbeiterInnen von Verlagen und Medien auf der diesjährigen Buchmesse, schließen uns dem Aufruf namhafter AutorInnen aus den USA wie Isabel Allende, Alice Walker, Angela Davis, Lawrence Ferlingetti, John Edgar Wiemann u.a. an und fordern eine sofortige Aufhebung des Todesurteils und die Durchführung eines Wiederaufnahmeverfahrens.*“

Protestschreiben sind zu richten an:
Governor Thomas Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, Pennsylvania 17120, USA. Telefax 001 717 772 8284.

President William J. Clinton, The White House, 1600 Pennsylvania Avenue NW, Washington, D. C. 20500, USA. Telefax 001 202 456 2461.

Eine Kundgebung findet am 02.12.1999 in Leipzig vor dem Konsulat der USA statt. Darüber hinaus gibt es jeden Mittwoch in Berlin eine Solidaritätsdemonstration für Mumia Abu Jamal.

Weitere Aktionen sind über Internet zu erfahren unter: <http://www.Walrus.com/-resist/mumia/demos>.

Nachtrag:

Die Hinrichtung von Mumia Abu Jamal wurde auf Veranlassung von Federal Judge (Bundesrichter) **William H. Yohn Jr.** vom **Eastern District Court of Pennsylvania** am 26.10.1999 bis zum Ende des von ihm bei diesem Federal District Court (US-Distriktsgericht in einem Bundesstaat) anhängig gemachten Verfahrens ausgesetzt. Das Gericht, an das sich die Verteidiger von Mumia Abu Jamal (außer Leonard Weinglass auch Daniel Williams

und Steven Hawkins) am 15.10. mit einer **Habeas Corpus Petition** gewandt haben, will ein Gutachten der Verteidigung prüfen, in dem auf über 600 Seiten 29 gesonderte Verfassungsverstöße im Lauf des Verfahrens benannt werden, darunter Fälschung von Beweisen und Unterdrückung von Aussagen, insbesondere vorsätzliche Unterschlagung von überzeugenden Beweisen der Unschuld, rassistische Auswahl der Geschworenen, Bestreitung des Rechts, sich selbst zu verteidigen. Die Verteidiger von Mumia Abu Jamal hoffen auf ein neues Verfahren. Daniel Williams erklärte: „*Wir sind durch die Benennung von Richter Yohn zu diesem Fall ermutigt. Er steht im Ruf eines integren Richters. Es ist an der Zeit, dass wir das Wasser reinigen, nachdem Richter Sabo gleich zu Beginn den Brunnen vergiftet hat.*“

Ein verändertes Klima in der pennsylvanischen Öffentlichkeit wird nicht nur daran deutlich, dass Anfang Oktober rund tausend Journalisten zugunsten von Mumia Abu Jamal demonstriert haben. Die Anwaltsvereinigung von Pennsylvania und insbesondere auch der Anwaltsverein von Philadelphia haben ein generelles Moratorium für die Vollstreckung von Todesstrafen beantragt, nachdem 6 frühere Staatsanwälte von Pennsylvania unter Eid ausgesagt hatten, dass unter Richter Sabo ein fairer Prozess nicht möglich gewesen sei. Zudem hatte eine Untersuchung von Professor **Baldus** von der Universität des US-Staates Iowa (1998) ergeben, dass beispielsweise in Pennsylvania bei einem Anteil von 9 % afroamerikanischer Bevölkerung der Anteil der in den Todestrakten einsitzen-

den Häftlinge fast neunmal so hoch ist (er beträgt 62 %).

Die Aussetzung bedeutet auch, dass Mumia Abu Jamal aus dem Phase-Zwei-Trakt des **State Correctional Institute Greene County** (Einzelstaats-Strafanstalt im Kreis Greene) zu entlassen ist, in den er nach Unterzeichnung der Hinrichtungsanordnung überstellt worden war. In diesem Trakt unterliegen die Häftlinge einer 24-Stunden-Überwachung, bei der das Licht rund um die Uhr nicht ausgeht, jederzeitigen Stichproben-Durchsuchungen, dem Häftling wird zum Lesen nur ein einziges Buch erlaubt, er darf außer seinem engen Familienkreis und seinen Verteidigern - die durch eine Panzerglaswand von ihm getrennt bleiben - niemanden mehr zu Besuch empfangen.

Die Aussetzung ist noch keine Aufhebung des Todesurteils. Der Kampf darum wird weitergeführt werden müssen. Konkret geht es jetzt um die Durchsetzung eines **Evidentiary Hearing** (beweiserhebliche Verhandlung), ohne das nach Aktenlage aus dem ersten Verfahren entschieden werden müsste. Die Kräfte, die Mumia Abu Jamal lieber heute als morgen tot sehen, sind in den USA stark und - wie die Vergangenheit gezeigt hat - zu allem bereit. Ein Richter, der sich ihnen entgegenstellen will, braucht sehr viel Mut.

Fax-Kontakte zu den Anwälten:

- Leonard Weinglass Esq., 001 212 242 2120
- Daniel Williams Esq. , 001 212 883 1200
- Steven Hawkins Esq., 001 202 387 3890

KD

NEUER NAZI-TREFFPUNKT IN BERLIN

Gerade mal ein Jahr ist es her, seit im Dezember 1998 das "Cafe Germania" in Berlin-Lichtenberg schließen musste.

Die Schließung des Cafes wurde erwirkt, weil AntifaschistInnen aus den verschiedenen Spektren - von Parteien und Verbänden bis hin zu den Autonomen - an einem Strang zogen. Die Nazis aus dem Umfeld der NPD wollten damals ein "Zentrum der nationalen Gastronomie" errichten.

Im angrenzenden Bezirk Friedrichshain hat sich inzwischen eine andere Kneipe als Treffpunkt von Neonazis etabliert: "Der Baum". Seit Frühjahr diesen Jahres treffen sich hier am Wochenende bis zu 50 Skinheads, Hooligans und organisierte Faschisten aus den sogenannten "Kameradschaften". Immer öfter kommt es zu rassistischen Pöbeleien und Übergriffen seitens der Neonazis gegenüber Linken, Punks und AusländerInnen.

Doch auch hier organisiert sich antifaschistischer Widerstand. Mitte September war nur der Anfang. Für November ist die jährliche Silvio-Meier-Gedenkdemostration geplant. Sie erinnert an den im November 1992 von Neonazis ermordeten jungen Antifaschisten. Die Demonstration richtet sich jedoch nicht nur gegen die Kneipe "Der Baum". Im Bezirk gibt es auch den Textilienladen "East Side". Die Neonazi-Stammkundschaft kann sich hier einkleiden mit Hemden, Stiefeln, Armeejacken und der entsprechenden Skin-Musik. In dem Laden kann man auch Anstecker, Aufnäher und T-Shirts mit faschistischen und nationalistischen Aufdrucken kaufen - diese dann aber nur unter dem Ladentisch.

Die Silvio-Meier-Demonstration findet am 21. November 1999, dem siebten Todestag Silvio Meiers, statt und beginnt um 16 Uhr am U-Bahnhof Samariterstraße.

Antifaschistische Aktion Berlin

Gedenkveranstaltung für Paul Wulf

Am Freitag, den 5. November, fand in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde Münster (Breul 43) in der Zeit von 19 bis 23.30 Uhr eine Gedächtnisveranstaltung für Paul Wulf statt. Eingeladen dazu hatte der Freundeskreis von Paul Wulf. Moderiert wurde sie von dem Pfarrer Werner Lindemann. Die Veranstaltung bot außer den Redebeiträgen von Ernst Klee sowie von Freunden Paul Wulfs, musikalischen Darbietungen durch das Duo Contraviente und den Musiker Pit Budde, Wiedergaben von Texten Paul Wulfs und Gedichten von Erich Mühsam durch den Schauspieler Holm sowie einer Vorführung des Films „Die nicht vorhersehbare Spätentwicklung des Paul W.“ einen Stand, an dem der Film, eine Kasette mit Beiträgen des Bürgerfunks Münster, eine Broschüre über Paul Wulf sowie die AntifaZ Nr. 79 angeboten wurde. Für das leibliche Wohl sorgte die Volkküche der Freien Arbeiter-Union (FAU). Mit einem Bücherstand war außerdem der Buchladen Bankrott präsent. Die Veranstaltung war mit rund hundert Anwesenden, die zum überwiegenden Teil bis zum offiziellen Ende dort blieben, gut besucht und war nicht nur von daher ein voller Erfolg. Die gesamte Veranstaltung wurde durch den Bürgerfunk Münster aufgenommen, der daraus eine weitere Tondokumentation erstellen und der Öffentlichkeit zugänglich machen wird.

Im folgenden beschränke ich mich auf einige Aspekte, die bei der Veranstaltung angesprochen wurden.

Der Redebeitrag von Ernst Klee begann provozierend: Nicht die Nazis hätten die deutsche Psychiatrie mißbraucht, sondern die deutsche Psychiatrie habe der Nazis bedurft, um sich selbst zu verwirklichen. Ihre Wertsetzungen seien am kapitalistischen Leistungsmaßstab orientiert, ein Mensch werde im wesentlichen nach seinem Nutzen für die Produktion bewertet. Auffällig sei, daß es im Unterschied zu praktisch allen anderen Berufsgruppen aus der Berufsgruppe der Psychiater nicht ein(e) Widerstandskämpfer(in) gegen den NS-Staat hervorgegangen sei. Die als Heilanstalten bezeichneten Mordanstalten für Behinderte hätten ihr Werk nach 1945 ungebrochen fortsetzen können und die Zahl der dort Ermordeten sei in den Jahren bis 1949 sogar noch höher gewesen als während der gesamten Nazizeit. Das liege nicht zuletzt daran, daß das Personal und insbesondere die Leiter in der Regel nur in wenigen Fällen ausgewechselt wurden, weil sie weitgehend außerhalb des Blickwinkels des politischen Interesses blieben. Ein großer Teil der Erbgesundheits-„Ärzte“, die während der NS-Zeit Zwangssterilisierungen durchgeführt hätten und nach 1945 z.B. als Vertrauensärzte bei den Versicherungsanstalten tätig wurden, hätten mit ihrer Haltung da weitergemacht, wo sie aufgehört hätten, und so Ansprüche der von ihnen zuvor Mißhandelten nunmehr mit ihrer Gutachtertätigkeit niedergebügelt. Sie konnten sich darauf stützen, nach Gesetzen verfahren zu sein, die zwar von den

Nazis verabschiedet wurden, aber nach 1945 in Kraft blieben. So bewerteten sie die zuvor den Menschen angetanen Schäden auch nur rein nach deren Wirkung auf die (rein körperlich verstandene) Arbeitsfähigkeit und kamen dabei zu dem Schluß, die Geschädigten neigten dazu, Beschädigungen zu simulieren. Damit diskriminierten sie die Betroffenen ein zweitesmal, zumal Staat und Gesellschaft diese Vorgehensweise lange Zeit nicht in Frage stellten. Die Anspruchsberechtigten blieben Außenseiter. Das erklärt, warum Paul über 30 Jahre gegen alle möglichen Instanzen anrennen mußte, ehe er eine Entschädigung erhielt. Und diese Entschädigung - in Höhe einer Abfindung mit 5.000 DM - war angesichts dessen, was allein die Instanzen gekostet hatten, die Paul durchlaufen mußte, lächerlich.

Der Film „Die nicht vorhersehbare Spätentwicklung des Paul W.“ zeigt unter anderem an Hand der Stadt Marsberg die Entwicklung von „Heilanstalten“ für „Irre“ und andere „Störer“ der seinerzeitigen kurfürstlichen Ordnung bis in die BRD hinein auf. Die „Heilanstalten“ sollten niemanden heilen, sondern dienten dazu, durch das Heranziehen der kasernierten Insassen zu „geschützter Arbeit“ Werte zu schöpfen, von denen die Insassen selbst kaum etwas hatten. Jeder 7. Einwohner dieser Stadt ist Heiminsasse, die Wirtschaft des Ortes lebt von der Anstalt. Immerhin wurde beim Einmarsch der US Army auch der Leiter der Mordanstalt, Kaldevey, hingerichtet.

KD

Dokument:
Flüchtlingsschicksal in der BRD

Residenzpflicht verletzt: „Raus aus Deutschland!“

uh Wartburgkreis - Verpackt in juristische Vokabeln bekam der 22jährige Jose Maria Jones, Flüchtling aus Sierra Leone, im Juni '99 ein Schreiben von der Ausländerbehörde im Landratsamt Wartburgkreis (ehemals DDR) auf den Tisch, in dem ihm für den Fall, daß sein laufender Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter unanfechtbar abgelehnt wird, er aus der BRD ausgewiesen werde. „Die Ausweisung ist auch aus generalpräventiven Gründen geboten“, so heißt es weiter, „um andere Ausländer von derartigem Verhalten abzuschrecken“. Unterzeichnet ist das Schreiben von Amtsleiter Koch.

Welches „derartige Verhalten“ hat der Flüchtling aus Sierra Leone an den Tag gelegt, um schon im Vorfeld vom deutschen Amtsschimmel attackiert und bedroht zu werden? Fakt ist, Jones ist als politisch Verfolgter in die BRD geflohen. Und wer politisch aktiv ist, ist es heute und auch morgen. Deshalb nahm Jones Anfang dieses Jahres an der Bremer Minikarawane teil, die durch das Ruhrgebiet und Bayern reiste, um auf die Misere ihrer spezifischen Situation zu zeigen und das zu tun, was eigentlich die Aufgabe eines demokratischen Landes sein sollte, nämlich eine positive Öffentlichkeit zu initiieren. Dreimal wurde die Karawane an bayrischen Tankstellen kontrolliert und durchsucht, u.a. auch Jones. Ihm wurde dabei sogar die Aufenthaltsgenehmigung konfisziert und dafür gab's als Ersatz einen Bußgeldbescheid. Einige Monate danach stellte ihm der Wartburgkreis dann vorsorglich einen Ausweisungsbescheid zu, der sich inhaltlich genau auf diese Polizeikontrolle bezog.

Plötzlich ist Jose Maria Jones ein Krimineller. In dem Bescheid heißt es nämlich: „Er hat Straftaten begangen, weil er sich nicht in seinem Landkreis aufgehalten hat und deshalb ein Sicherheitsrisiko für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland darstellt.“

Demzufolge ist eine Reise mit der Minikarawane ein krimineller Akt und Mensch wird zu Unmensch, weil mensch das für sich in Anspruch nimmt, was menschlich ist, und dazu gehört u.a. die Bewegungsfreiheit im Raum der BRD. Denn die laut Asylgesetz gewährte Pseudofreiheit, sich während des Verfahrens außerhalb des zuständigen Landkreises aufhalten zu dürfen, hat der Gesetzgeber schon im Vorfeld zugemauert: Erstens ist es fast unmöglich, zu einer solchen Erlaubnis zu gelangen, und zweitens, konkret in dem Fall von Jose Maria Jones, bekommt er - wie alle Flüchtlinge - monatlich nur 80 DM Taschengeld. Eine Zugfahrt zur Ausländerbehörde nach Bad Salzungen würde die Hälfte dieses Almosens verschlingen.

Jetzt wird Jones nicht nur von Ausweisung bedroht, sondern er steht auch vor einem Berg Schulden, denn für den Verstoß gegen die Residenzpflicht soll er 70 Tagessätze a fünf Mark bezahlen, obwohl ihm sämtliche sozialen Leistungen verweigert werden, und seit August wird ihm sein monatliches Taschengeld nicht mehr gezahlt. Begründung: Er halte sich nicht ständig in seiner Unterkunft auf.

Somit wird Jose Maria Jones vom Landratsamt Wartburgkreis zum generalpräventiven Exempel statuiert, damit sich alle anderen politischen Aktivisten darüber Gedanken machen sollen, ob sie sich für die Rechte und Menschenrechte in diesem Staat einsetzen sollen - oder nicht.

Mfm und die **DEPESCHEN** unterstützen Jose Maria Jones und alle anderen Betroffenen.

Das Koordinierungsbüro der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen ruft deshalb zu einer Faxkampagne auf, in der die Forderung thematisiert werden soll, den Ausweisungsbescheid zurückzunehmen.

Protest-Fax an:

Landratsamt Wartburgkreis, Fax: 03695/615455.

Spenden für Strafgeelder:

Postbank Hamburg, Konto: 9929207, BLZ: 20010020. Stichwort: Solikampagne für Jose Maria Jones.

Weitere Informationen über Telefon: 0421/5577093, Fax: 0421/5577094.

(Aus: **DEPESCHEN - Internationale Politik & Befreiungsbewegungen**, Nr. 54, September/Oktober 1999; Hrsg.: Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, Rechtsanwalt Torsten Rückholdt, medienbüro für menschenrechte e.V. (mfm), „Hilfe für Menschen in Abschiebehäft, Büren e.V.“)

Caritas Dortmund überreicht 7000 DM Spende an Vertreter von alternativem Zeltstadtprojekt im türkischen Erdbebengebiet

Die Türkei kommt nicht zur Ruhe. Ein Erdbeben folgt auf das andere. Die Versorgung der Überlebenden vom August dieses Jahres ist noch nicht gesichert, da müssen bereits neue Erdbebenopfer gerettet und versorgt werden. Solidarität mit den Opfern ist dringend geboten, zumal jetzt eisiger Frost die obdachlos gewordenen Menschen bedroht. Wie der türkische Staat mit den Problemen der Betroffenen umgeht, wurde in der AntifaZ Nr. 79 mit dem Abdruck eines Artikels aus der von DIDF verbreiteten deutschsprachigen Extra-Ausgabe von *EVRENSEL* (Zeitung der Partei der Arbeit EMEP) eingehend beschrieben.

Im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Caritas Dortmund mit DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei) im Katholischen Zentrum am Propsteihof 10 in Dortmund am 09.11.1999 gaben vor etwa 30 Anwesenden Hamza Tekce, Leiter des Emek Gadir Kent Komitesi (Emek-Zeltstadt-Komitee) einer der beiden von der Partei der Arbeit (EMEP) aufgebauten Zeltstädte (in Derince bei Izmit), Nihat Konak (DIDF), Begleiter eines Hilfstransports aus Deutschland, und Frau Haarmann, Dienststellenleiterin des Caritas-Verbandes Dortmund e.V., einen Erfahrungsbericht ab.

Die zweite Zeltstadt wurde in Adapazari errichtet. In Adapazari beispielsweise hatte sich der Türkische Rote Halbmond unter der Bevölkerung zuvor sehr unbeliebt gemacht, nachdem er von den Angehörigen der geborgenen Leichen die Bezahlung von je 7,5 Millionen TL (ca. 30 DM) für ein Leichentuch und dann nochmals je 25 Millionen TL für einen Sarg einforderte.

Die beiden EMEP-Zeltstädte (nach Vereinnahmung der alevitischen Zeltlager durch den Staat heute die einzigen nichtstaatlichen) verfügen über rund 2000 Betten, eigene Küche, sanitäre und medizinische Versorgungseinrichtungen und Kindergärten und versorgen rund 4500 Überlebende. Sie sind besser ausgerüstet und organisiert als die staatlichen Zeltstädte, in denen sich der Boden nach dem ersten Regenguß vielfach in Morast verwandelt hat. Der türkische Generalstabschef Kivrikoglu hat sie zwar als „Initiative von Separatisten und Kollaborateuren“ bezeichnet, und Einheiten der Armee haben wiederholt versucht, sie zu blockieren oder dort angelangte Hilfsgüter gewaltsam wegzuschleppen, aber die Erdbebenopfer haben bisher militärische Übergriffe auf diese Zeltstädte weitgehend verhindern können. Angehörige der EMEP, die sich ihnen in den Weg stellten, waren vorübergehend festgenommen worden.

Unterstützung finden diese Zeltstädte auch durch NGOs (nichtstaatliche Organisationen) wie den Menschenrechtsverein (IHD), durch kämpferische Gewerkschaften (wie TÜMTIS) und Verwaltungsstellen der Gewerkschaftsdachverbände KESK, Türk Is, DISK, verschiedene Berufsverbände und politische Parteien (z.B. ÖDP, HADEP). Bisher sind mehrere Tonnen Hilfsgüter auch aus Europa dorthin gelangt. Eine der 6 Delegationen aus Europa (Deutschland, Frankreich, Österreich, Griechenland), die die Lager besichtigen und die Verteilung der Hilfsgüter mit eigenen Augen kontrollieren konnten, war mit ihren beiden Lastkraftwagen zwar zunächst auf Veranlassung des „Krisenstabes“ der Ecevit-Regierung (Gründungsvorsitzender: Staatssekretär Ahmet Sagar) angehalten und die Güter beschlagnahmt worden, die Delegation von DIDF und Caritas konnte jedoch den Abtransport zu einem Lager des Türkischen Roten Halbmondes verhindern und die Verteilung an Erdbebenopfer vornehmen, wenn auch nicht am Zielort. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß dies möglich war, weil der türkische Staat angesichts der Angehörigen der Caritas sein Gesicht wahren wollte. Bei der Veranstaltung in Dortmund erklärte Hamza Tekce, der auch Bürgermeister der Stadt Kocaeli ist, daß der türkische Staat von den zahlreichen Spenden, die an ihn gegangen sind, nur einen Bruchteil für die Erdbebenopfer einsetzt. Einige Betroffene, die ihre Wohnung mit Wohnungseinrichtung verloren haben, erhalten bis zu 2 Mrd. TL (ca. 260.000 TL = 1 DM), aber selbst dies nur leihweise bei einer Rückzahlungsverpflichtung mit 5 % Zinsen bei einem (völlig illusorischen) Endtermin von bis zu 4 Jahren. Seine Erfahrungen mit dem Staat nach zähen Verhandlungen mit Angehörigen von Armee und Krisenstab faßte er sinngemäß so zusammen: „Wir haben unser Möglichstes versucht. Die Verwaltung und zuständigen Personen hätten das Zeltlager der EMEP nicht behindern dürfen. Dadurch haben sie viel an Vertrauen unter den Betroffenen eingebüßt. Die EMEP führt ihre Hilfemaßnahmen sowohl in dem Gebiet als auch in der Zeltstadt weiter.“ Er äußerte u.a. den Verdacht, daß der Staat die Spenden für die Erdbebenopfer verwenden will, um seine - auch durch den Krieg gegen das kurdische Volk immens angewachsenen - Schulden bei der Weltbank zu bedienen. Kritische Töne fielen hier auch gegen die Lieferung eines Testpanzers aus Deutschland an die Republik Türkei. Die Vertreterin der Caritas wandte sich dagegen, dem türkischen Staat unbedingt schlechte Motive zu unterstellen, betonte zugleich aber, daß die Caritas die in ihrem Rahmen gesammelten Spenden an die Emek-Zeltstädte und nicht an den türkischen Roten Halbmond gibt, da sie sich davon überzeugt hat, daß bei der empfangenden Emek-Zeltstadt die Spenden gut angelegt sind, während der türkische „Krisenstab“ offenbar zu schwerfällig und bürokratisch damit umgeht und zu befürchten ist, daß die Opfer nicht rechtzeitig erreicht werden. Die am Ende dem Leiter der Zeltstadt von Frau Haarmann überreichte

Scheck über 7.000 DM ist für die Besorgung von winterfesten Zelten in der Türkei gedacht, wo diese nach ihrer Überzeugung kostengünstiger zu erwerben sind als in Europa, von wo sie erst noch in die Türkei zu transportieren wären. Der Empfänger versicherte, die Quittungen für den Kauf der Zelte vorzulegen, und überreichte als Dank für bisherige Spenden (aus der Caritas Dortmund waren das bereits rund 5.000 DM) eine Sammlung von Fotos aus der Zeltstadt.

Spenden für ein alternatives Zeltstadtprojekt in der Türkei

Nach dem Erdbeben in der Türkei sind mehr als 150.000 obdachlos und müssen auf der Straße leben. Den Opfern des Erdbebens wird nicht geholfen, die staatlichen Institutionen sind unfähig und unwillig, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, geschweige denn sich überhaupt um diese Menschen zu kümmern. Der Rote Halbmond (Schwesterorganisation des Deutschen Roten Kreuzes) hat für einige tausend Menschen Zelte zur Verfügung gestellt, doch wurden nach einigen Stunden Regen aus diesen Zeltstädten die sogenannten Matsch-Städte. Die Partei der Arbeit (EMEK), verschiedene Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände wie die KESK (Konföderation der ArbeiterInnen und Angestellten im Öffentlichen Dienst) und andere Initiativen haben in Derince, Adapazari und Yalova schon alternative Zeltstädte aufgebaut und wollen das ausbreiten auf alle vom Erdbeben betroffenen Gebiete.

Wenn Sie möchten, daß Ihre Spende direkt für die Opfer gebraucht wird, spenden Sie für das Zeltstadtprojekt an:

DIDF e.V. , Stichwort: „Zeltstadt für Erdbebenopfer“,
Konto-Nr. 25142084, BLZ 37050198, Stadtparkasse Köln.

„Straftat“ in Dortmund: Überkleben von DVU-Plakaten

Verfahren gegen 4 Antifaschistinnen eingestellt

Im Bundestagswahlkampf vor einem Jahr waren wir in Dortmund-Huckarde beim Überkleben von Naziwahlplakaten von der Polizei gestellt worden. Da wir die Strafe wegen „Sachbeschädigung“ nicht gerechtfertigt fanden, weigerten wir uns, sie zu zahlen. Am 7. Oktober fand der Prozeß dann im Amtsgericht Dortmund statt.

Die DVU hatte in der gesamten Republik massiv plakatiert - teilweise für teures Geld große Plakatwände für ihre volksverhetzende Propaganda gemietet. Wir fertigten uns Plakate mit der Aufschrift „*Verbot aller faschistischen Organisationen!*“ und „*Jugend steht links!*“ und überklebten damit die DVU-Plakate in Dortmund-Huckarde. Dort - genauer im Stadtteil Jungferntal - hatten die Nazis vor einiger Zeit erfolglos versucht, eine „national befreite Zone“ zu errichten. Unter anderem war eine Telefonkette dagegen gebildet worden.

Die Polizei nahm unsere Personalien auf und informierte die DVU über die Beschädigung ihres Eigentums. Damit nicht genug, sie forderte sie sogar mehrmals - telefonisch und schriftlich - auf, Anzeige zu erstatten. Das konnte unser Rechtsanwalt jedenfalls einer Aktennotiz entnehmen. Dem kam der Multimillionär Frey schließlich nach, weshalb wir vier wegen „Sachbeschädigung“ angeklagt wurden.

Da drei von uns unter 22 Jahre alt waren, erhielten wir die Aufforderung zu einem Gespräch im Jugendamt, jede von uns aber an einem anderen Termin. Eine von uns ging allein hin und mußte feststellen, daß unsere Aktion gegen die Neofaschisten von dem Sozialarbeiter als Folge einer Milieuschädigung durch zerrüttete Familienverhältnisse interpretiert wurde. Sie wurde daraufhin später „nur“ schriftlich ermahnt.

Wir alle sahen das Ganze anders, und wir anderen zwei gingen deshalb nicht zu „unserem“ Jugendamtstermin, sondern sammelten Unterschriften gegen die Strafanzeige und die Begünstigung der Neofaschisten. Im Sommercamp in Mecklenburg lernten wir ein Mädchen kennen, das mit ihrem Freund Plakate der DVU abgerissen hatte. Sie sollten deshalb „Sozialstunden“ ableisten und - was wir einen noch dickeren Hammer fanden - sich bei der DVU entschuldigen. Als sie das verweigerten - auch weil das eine Gefährdung ihrer

Familien bedeutet hätte, wenn die DVU ihre Adresse auf dem Entschuldigungsbrief zu Racheakten hätte einsetzen können -, wurde diese Strafe von der Richterin abgesetzt. Stattdessen mußten sie mit noch mehr Stunden „Sozialarbeit“ büßen - nämlich im Dezember die Fenster eines Jugendheims putzen und die Grünanlagen pflegen.

Wir meinen, daß der Staat die Falschen bestraft. Wir gründeten eine Arbeitsgruppe und sammelten Unterschriften, auch um diese Sauerei bekanntzumachen. Leider nahmen wir dabei kaum Kontakt zu anderen antifaschistischen Gruppen auf, und es sammelten auch relativ wenige Leute Unterschriften. Und das, obwohl fast alle, die von uns darauf angesprochen wurden, sich über die Bevorzugung der Neofaschisten aufregten und sofort unterschrieben.

Drei von uns wurden schriftlich dazu verdonnert, wegen Sachbeschädigung ... Tagessätze zu ... DM zu bezahlen. Dagegen legten wir Einspruch ein. Beim angesetzten Prozeß kamen rund 60 Zuhörer und Zuhörerinnen, davon viele junge Leute nichtdeutscher Herkunft, um den Prozeß mitzuerleben und um uns den Rücken zu stärken. Auch die neue Stadträtin des Linken Bündnisses, Astrid Keller (PDS), kam, um ihre Solidarität zu bekunden. Außerdem Leute von der VVN, Frauen vom Frauenverband Courage, Mitglieder des REBELL und der MLPD.

So moralisch unterstützt, hielt Sonja, die jüngste von uns, unsere gemeinsam verfaßte Erklärung:

„Ich spreche für uns alle. Wir möchten hiermit erklären, warum wir diese Plakate der neofaschistischen DVU überklebt haben. Im Bundestag klebten überall Naziplakate. Darüber waren wir empört. Im zweiten Weltkrieg haben die Faschisten Millionen von Toten verschuldet, in den Kzs wurden ebenfalls Millionen Menschen grausam umgebracht. Der Vorsitzende der DVU, Gerhard Frey, leugnet, beschönigt und rechtfertigt diese Verbrechen in seiner NATIONAL-ZEITUNG. Und heute erschlagen schon wieder Neo-Nazis Menschen mit Baseballschlägern, treten sie zu Tode, werfen Menschen aus der S-Bahn oder verbrennen sie in ihren Häusern. Ausländische Kollegen waren erst willkommene Arbeitskräfte in diesem Land. Sie leben schon über mehrere Jahrzehnte hier. Durch solche Plakate sollen sie diskriminiert werden. Zwischen den Schreibtischtätern und den Schlägern bestehen enge Verbindungen. Faschistische Organisationen müssen überall verboten werden! Wir fragen uns: Was muss noch alles passieren, bevor der Staat entschieden die Neonazis bekämpft? Wir finden es einen Skandal, dass trotz vieler Proteste und offensichtlicher Unregelmäßigkeiten neofaschistische Parteien die Wahlzulassung erhalten haben und auch noch Steuergelder aus der Wahlkampfkostenerstattung erhalten, um ihr Propagandamaterial zu finanzieren. In Ostdeutschland sollen sich die Jugendhäuser und Sportvereine diesen Neonazis öffnen, und einige erhalten sogar eigene Räume. Für die Masse der Jugendlichen werden aber kontinuierlich öffentliche Gelder gekürzt. Ein noch größerer Skandal ist es, wenn die staatlichen Behörden Gerhard Frey sogar zweimal auffordern, gegen uns Anzeige zu erstatten. Man wollte also diesen Prozess gegen uns, statt die Neofaschisten zu verfolgen. Mit unserer Überklebeaktion wollten wir deutlich machen: Die Bevölkerung steht nicht hinter den Faschisten, auch nicht die Jugend. Das wird besonders im Jungferntal deutlich. Das wollten die Faschisten zum 'national befreiten Gebiet' erklären. Was die Bevölkerung nicht zugelassen hat. Deshalb noch einmal: Faschistische Organisationen müssen überall verboten werden!“

Diese Argumentation fand unter den Zuhörenden breite Zustimmung, und alle waren gespannt, wie der Richter sich verhalten würde. Dieser konnte nicht rechtfertigen, dass faschistische Organisationen vom Staat unterstützt werden. Unser Verteidiger, Roland Meister (Essen), stellte daraufhin den Antrag, das Verfahren gegen seine Mandantinnen einzustellen, was dann auch geschah. Die Kosten des Verfahrens gingen zu Lasten der Staatskasse.

Hinterher gingen wir, erleichtert, mit einigen unserer Freunde und Freundinnen ins Cafe und feierten schon mal unseren Erfolg. Wir stellten fest, daß wir allen Grund haben, energischer gegen solche Maßnahmen des Staates vorzugehen, und freuten uns, daß wir auf so viel Solidarität rechnen konnten. In diesem Sinne wurde das Verfahren auch in der ROTEN FAHNE, der Zeitung der MLPD, ausgewertet.

Um mit noch mehr Leuten diesen schönen Erfolg feiern zu können und auch um noch mehr Antifaschistinnen und Antifaschisten persönlich kennenzulernen, wollen wir am 4.12. um 18 Uhr ein Fest in der Geschichtswerkstatt in Dortmund-Hörde, Wellinghofer Straße 44, feiern. Gleichzeitig wollen wir auch Spenden für die entstandenen Rechtsanwaltskosten sammeln und über die Demonstration in Berlin am 9.1.2000 aus Anlaß der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs nach dem Ersten Weltkrieg informieren.

Susanne, Anne, Monika und Sonja

LESERBRIEF**Liebe Kolleginnen
und Kollegen !**

In der letzten AntifaZ (Nr. 79) habt Ihr einen Artikel über die Erdbeben in der Westtürkei aus der SoZ abgedruckt. Dieser Artikel stammt aus der **Sonderausgabe** der türkischsprachigen Tageszeitung EVRENSEL. Unter diesem Artikel aber habt Ihr nicht das in EVRENSEL angegebene, sondern ein Spendenkonto einer der PKK nahestehenden Organisation veröffentlicht.

Als ich das sah, war ich entsetzt und empört. Eine objektive Berichterstattung setzt demokratische Verantwortung und politische Sensibilität voraus. Eure Redaktion hat es offenbar nicht für nötig gehalten, sich mit den Initiatoren der Erdbebenhilfe in Verbindung zu setzen oder fehlende Informationen von dort einzuholen.

Da der Menschenrechtsverein (IHD) kein Konto für Erdbebenopfer hatte, war für die "unparteiische" Haltung der AntifaZ die Kontonummer von DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei) nicht zuverlässig genug. Aber eine andere Organisation (die bei der Erdbebenhilfe überhaupt keine Rolle spielen konnte) war offenbar zuverlässig genug.

Im Klartext heißt das: kein Vertrauen zur EMEP (Partei der Arbeit) bzw. zu DIDF, deren Hilfeauftrag dagegen wird großzügig abgedruckt.

Hier wird eine tiefengelegte Position der AntifaZ-Redaktion deutlich, auf die ich in diesem Brief eingehen möchte.

Mehrere Ausgaben der AntifaZ sind nachweislich bis zu 2/3 mit Themen über andere Länder angefüllt. (Ich sehe natürlich ein, dass etwa Themen wie deutsche Waffen- und Finanzhilfe für die Türkei und was man dort damit macht, oder Bundeswehreinätze in Kosova wichtig und notwendig waren.). Ist die AntifaZ ein Organ für den antifaschistischen und demokratischen Kampf in Deutschland oder ist die AntifaZ nur ein Mittel für die Flucht vor der Eigenverantwortung ? Die AntifaZ sollte sich auf die demokratische, antifaschistische, ökologische und sozialistische Bewegung in Deutschland konzentrieren. Sie muss zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren. Sonst wird sie sich in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Altlinke verwandeln.

Durch den populistischen Umgang mit den Parteien und Organisationen aus der Türkei kann die AntifaZ zum Internationalismus nicht beitragen.

Sie entfernt sich von der eigenen Verantwortung und hegt und pflegt dabei die nationalistischen Standpunkte und Positionen der erwähnten Organisationen und schafft so keine Plattform für den gemeinsamen Kampf hier in Deutschland. Durch diese Art der "Solidarität" können die Gruppen aus der Türkei nicht als Bestandteile des Kampfes in Deutschland gewonnen werden. Wohl aber werden sie den Kampf mit Dönersößen begleiten. das alles aber ist doch nicht die internationale Solidarität. Schließlich kennen wir doch alle den Spruch aus der deutschen Arbeiterbewegung: "Man ist kein Sozialist, wenn der Kapitalismus unter dem, was man tut, nicht täglich leidet !"

Wir müssen alles einsetzen, damit der opportunistische Umgang zwischen türkischen und kurdischen Gruppen und deutschen Institutionen und Einzelpersonen gebrochen wird. Wir brauchen eine Solidarität, die auf der Grundlage der täglichen politischen Auseinandersetzungen des gemeinsamen Kampfes beruht und sich mit Fairnis, Gegenseitigkeit, Objektivität und Partnerschaftlichkeit entwickelt.

**Mit kollegialen Grüßen
S. Yildirim (Dortmund)**

Antwort der Redaktion:

Lieber S. Yildirim !

Das Problem sorgfältiger Recherche über einen Sachverhalt kennen wir auch und haben dabei zweifellos in der Vergangenheit genug Fehler gemacht. Was deinen Leserbrief betrifft, machst Du leider den gleichen Fehler und ziehst aus bruchstückhaften Kenntnissen über einen Sachverhalt Schlussfolgerungen, die in ihrer Tragweite deutlich machen, dass die "Konto-Frage" nur den Anlass, nicht den tatsächlichen Grund für Deinen Brief bildet. Zu Deiner Information:

Richtig ist, dass wir in der Redaktion diskutiert haben, möglichst ein Konto des Menschenrechtsvereins IHD als einer überparteilichen Organisation abzdrukken, leider gab es ein solches Konto nicht. Zum Zeitpunkt der Produktion der AntifaZ lag uns einzig ein Aufruf und ein Konto von YEK-KOM vor. Dass auch ein Konto von DIDF in der Sonderausgabe der EVRENSEL existierte, wusste der Teil der Redaktion, der mit der Produktion befasst war, zu diesem Zeitpunkt nicht. In dem SoZ-Artikel, der uns zur Verfügung stand, war dies Konto nicht abgedruckt.

Wir standen also vor der Entscheidung, entweder das Konto von YEK-KOM oder gar keins abzdrukken. Wir haben uns für den Abdruck

entschieden. Hätte und das Konto von DIDF oder anderer fortschrittlicher Organisationen aus der Türkei oder aus Kurdistan vorgelegen, hätten wir diese ebenfalls abgedruckt.

Deine Bezeichnung von YEK-KOM als "der PKK nahestehend" und einer Organisation, die "mit der Erdbebenhilfe gar nichts zu tun haben konnte", machen aber schon deutlich, dass der eigentliche Grund deines Leserbriefs ein anderer ist.

Du bist offensichtlich der Meinung, dass die AntifaZ keine Stellungnahmen von YEK-KOM und anderen Organisationen (wir vermuten: wie DHKP-C, MLKP, TIKB, TKP/ML u.a.) abdrucken sollte, weil diese die AntifaZ nur als deutsches "Forum" nutzen wollten, um ihren jeweiligen Führungsanspruch gegenüber anderen zu untermauern.

Obwohl Du langjähriger Leser der AntifaZ bist, ist Dir bisher nicht aufgefallen, dass wir nicht jede beliebige Stellungnahme anderer Organisationen abdrucken, sondern nur solche, die wir *auf der politischen Grundlage unserer Organisation* vertreten können: der gemeinsame internationalistische Kampf für Menschenrechte, gegen staatlichen Terror, gegen Faschismus und für Demokratie und Völkerfreundschaft.

Kein einziger Artikel in einer

AntifaZ betrifft Auseinandersetzungen *zwischen* verschiedenen Organisationen, egal ob deutscher oder anderer nationaler Herkunft.

Allerdings haben wir ein breiteres Verständnis von internationaler Solidarität und von Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen Kampfes in Deutschland, als dies aus Deinem Leserbrief hervorzugehen scheint.

Zugegeben, der Anteil von Artikeln über die Lage in anderen Ländern ist in manchen AntifaZ-Ausgaben relativ groß, teilweise zu groß.

Jedoch nicht deshalb, weil wir nicht genügend "deutsche" Themen abdecken könnten, sondern weil nach unserem Verständnis in bestimmten Konflikten die deutsche linke, demokratische und antifaschistische Bewegung der praktischen und politischen Unterstützung bestimmter Kämpfe wie beispielsweise des kurdischen Freiheitskampfes oder des Kampfes der Völker auf dem Balkan um Demokratie und Selbstbestimmung zu wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Wenn wir die politische Lage in bestimmten Ländern darzustellen versuchen, beziehen wir möglichst alle verfügbaren Publikationen mit ein.

Dass wir dabei immer Mängel aufweisen, wollen wir nicht bestreiten. Dass wir uns in manchen Einschätzungen geirrt haben und weiterhin ir-

ren können, gestehen wir ein. Allerdings: Wir sind dabei auf die Kritik und die Unterstützung anderer angewiesen.

Wir gestehen uns allerdings auch das Recht zu, unserer Meinung nach unberechtigte Kritik zurückzuweisen.

Deine Einschätzung, dass wir unsere Aufgabe als antifaschistischer Zeitung in Deutschland nicht wahrnehmen, weisen wir zurück. Zwar hat unsere Organisation, der AFB, nur im Ruhrgebiet aktiv arbeitende Strukturen und daneben einzelne UnterstützerInnen, über die gesamte Republik verteilt.

Dennoch sind wir der Meinung, dass auch wir einen Beitrag dazu geleistet haben, dass gerade der antifaschistische Kampf in Deutschland ein Stück aus seiner bornierten Perspektive herausgekommen ist, die sich in Parolen wie "Nazis raus", "Hau weg den braunen Dreck" oder "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trifft" niederschlug.

Die Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, der Kampf für Menschenrechte und der Kampf gegen den Rassismus in Staat und Gesellschaft gehören heute für viele Antifa-Gruppen zum Selbstverständnis.

Wenn dieser Kampf aber nicht stellvertretend für die Menschen fremder Herkunft geführt werden soll, sind möglichst genaue Kenntnisse über die Situation in deren

Heimatländern notwendig. Dazu wollen wir beitragen - und schießen dabei manchmal übers Ziel hinaus - zugegeben. Unser erklärtes Ziel ist seit langem, eine stärkere Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Organisationen im antifaschistischen Kampf zu erzielen. Wir sind der Meinung, dass wir dazu einen Beitrag leisten, wenn wir keine Unterscheidung zwischen ausländischen, zwischen deutschen und zwischen ausländischen und deutschen Organisationen machen, was diese gemeinsame Grundlage betrifft.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn wir Stellungnahmen verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen abgedruckt haben, die sich im vergangenen Jahr an Hungerstreiks und Todesfasten in den türkischen Gefängnissen beteiligt haben, dann nicht deshalb, weil wir diese Organisationen für besonders revolutionär halten, sondern weil sie durch den faschistischen Terror des türkischen Staates blutig unterdrückt und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt werden.

Genauso berichten wir über türkische Menschenrechtler und Intellektuelle wie Akin Birdal, Sanar Yurdatapan oder Ismail Besikci, die der gleichen Unterdrückung unterliegen. Zu keinem Zeitpunkt

haben wir uns aber ein Urteil angemaßt, wessen Kampf nun der entschiedeneren, revolutionäreren oder sonstwas wäre.

Wir weisen aber auch Deinen Anspruch zurück, uns die von Dir gemachte "Einordnung" zu eigen zu machen: Im Klartext: *Wir* bezeichnen z.B. YEK-KOM nicht als "*der PKK nahestehend*" oder als eine Organisation, die "*mit der Organisierung der Erdbebenhilfe gar nichts zu tun haben konnte*".

Mit diesen Zuordnungen betreibst Du gerade das, was Du anderen vorwirfst: Du machst im Interesse Deiner eigenen Organisation die AntifaZ zum Forum für die politische und polemische Kritik an anderen Organisationen.

Das weisen wir zurück.

Dennoch haben wir deinen Brief begrüßt, weil er uns zwang, eine erneute ausführliche Diskussion über Ziele und Mängel unserer Arbeit zu führen.

Wir würden uns freuen, wenn Du an einer der nächsten Redaktionssitzungen teilnehmen könntest, um die Diskussion fruchtbar fortzusetzen.

Mit antifaschistischen Grüßen

Redaktion der AntifaZ

Für eine zivilisierte und demokratische Türkei

Am 11. Oktober 1999 stellten die Schriftsteller Yasar Kemal, Zülfü Livaneli, Orhan Pamuk, Ahmet Altan und Mehmet Uzun auf einer Pressekonferenz in Istanbul einen Appell für Demokratie, Menschenrechte und eine politische Lösung der Kurdenfrage der Öffentlichkeit vor.

"Als einer der blutigsten Zeitabschnitte der Menschheitsgeschichte neigt sich das 20. Jahrhundert dem Ende zu. In den letzten Monaten dieses Jahrhunderts fragt sich jeder, ob das vor der Tür stehende Jahrhundert auch so blutig wird. Werden die Waffen, der Krieg und die Gewalt ihre Herrschaft weiterführen? Wird der Rassismus, Nationalismus, der gegenüber dem anderen entgegengebrachte Hass wieder die Welt tyrannisieren? Werden Unterdrückung, ethnische und gesellschaftliche Probleme wieder bei deren Lösung Einfluss ausüben?"

All diesen Fragen gegenüber lautet unsere Antwort deutlich "Nein".

Das neue Jahrhundert und der Mensch sind dazu gezwungen, sich jeglicher Ungleichbehandlung, Druck und Unterdrückung entgegenzustellen.

Jedem ist bewusst, dass in der Türkei hinsichtlich der zeitgenössischen Demokratie und der Menschenrechte ernsthafte Probleme bestehen. Diese Situation wird auch von den Leitenden des Staates angesprochen. Die kurdische Frage ist die Mutter aller Probleme. Weil die Türkei die kurdische Frage nicht in einer entsprechenden Form gelöst hat, kann sie weder bei der Gedankenfreiheit und bei den Menschenrechten die ersehnten Schritte unternehmen noch eine zeitgenössische Demokratie verwirklichen.

Es ist bekannt, dass seit 1923 bis heute eine rigide Politik der Türkisierung betrieben und Kurdisch als Ausbildungs-, Lern- und Arbeitssprache verboten wurde; die kurdische Identität unterdrückt, unzählige Menschen aufgrund ihrer Sprache und Identität verhaftet bzw. bestraft; Tausende, ja Zehntausende Namen von Städten, Dörfern, Bergen, Ebenen und Hügeln in türkische Namen umbenannt; dass die Kurden eine Zeitlang als "Bergtürken" bezeichnet wurden und sich in der Verfassung sowie anderen Gesetzen unzählige Paragraphen für diese Verbote befinden.

Kurdisch ist eine der aus der mesopotamischen Zivilisierung hervorgegangenen und bis heute lebendigen, reichen Sprachen. Aus der kurdischen Sprache ist eine reiche schriftliche und klassische Literatur hervorgegangen. Die Literatur ist immer noch reich und lebendig. Es existiert ein reichhaltiges, lebendiges Musikleben und eine moderne Literatur, die Werke aller Art hervorbringt. Die Kurden besitzen eine sehr alte Geschichte und ein kulturelles Erbe an uns allen gehörendem menschlichen Reichtum.

Wir rufen den Präsidenten der Republik, den Ministerpräsidenten, das Parlament, die Regierung und alle Verantwortlichen an: Bitte, befreien Sie die Türkei von dieser Schande. Während die Wunden der uns in tiefe Trauer stürzenden Erdbebenkatastrophe versorgt werden, versorgen Sie auch die seit mehr als sieben Jahren blutende gesellschaftliche Wunde."

Der Appell wird von zahllosen Schriftstellern und Künstlern aus aller Welt unterstützt.